



mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 10 Pf und im Buchhandel durch die Haupt-Edition, Kästnerstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 15/16 und Neue Schönstraße 11, durch die Zweigstelle, Blattengesellschaft Reichelsdorf, Reichelsdorfer Straße 18a, sowie durch alle Auslägerer zu beziehen. — **Bezugspreis:** im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,10 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5141  
Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Dresden Nr. 3832.

**Anzeigenpreis:** je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Sachsen 20 Pf, auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 20 Pf. zu Stellenangebote 10 Pf. Sammlungsangebote, Sonderangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das erste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Edition Kästnerstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Augenügende Arbeitsbeschaffung.

## Rückgang der Notstandsarbeiter

Das ausgebliebene Wunder.

In Gewerkschaftskreisen hat der seit Wochen beobachtete Rückgang der Zahl der Notstandsarbeiter beunruhigend gewirkt. Vom 15. Mai bis Mitte Juli ist die Zahl der Notstandsarbeiter von 170 105 auf 143 695 zurückgegangen. Dieser auffällige Rückgang wird bei den maßgebenden Stellen damit erklärt, daß die größeren Notstandsarbeiten, die im Januar und Februar begonnen wurden, und die meist ein halbes Jahr in Anspruch nehmen, um die Wende Juni-Juli abgeschlossen waren. Wenn im Frühjahr dann neue Notstandsarbeiten nicht so rasch in Angriff genommen worden seien, so steige das an den damaligen finanziellen Schwierigkeiten verschiedener Länder. Ubrigens sei ein gut Teil der Arbeiten, die früher oft als Notstandsarbeiten vorgenommen wurden, diesmal in Abhängigkeit der schwierigen Verhältnisse in den laufenden Staats der Parlamente finanziert worden. Eine Erklärung, aber keine Entschuldigung! Selbst wenn der Rückgang der Zahl der Notstandsarbeiter eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit nicht bedeutet — die in den letzten Wochen in verschiedenen Städten gestiegenen Arbeitslosenziffern beweisen eher das Gegenteil — dann war doch die Zahl der Notstandsarbeiter in Frage kommenden Arbeitslosen all die Wochen und Monate her jedenfalls so groß, daß alle Welt mit einer Vermeidung der Notstandsarbeiter rechnete. Die Reichsregierung hat aber im Frühjahr auf irgend ein Wunder gehofft und sich dem frömmen Glauben hingegeben, daß im Sommer der Arbeitsmarkt sich von selbst bessern werde. Das Wunder ist ausgeblieben, daher der Rückgang der Notstandsarbeiter.

## Um das neue Wohnungsbau-Programm.

Die Finanzierung ist nicht gesichert!

Die Entscheidung des preußischen Kabinetts über die Durchführung des vom Reich geforderten jährlichen Wohnungsbau-Programms fällt am kommenden Dienstag. Bayern, Sachsen und Mecklenburg haben den Vorschlägen des Reiches bereits zugestimmt. Preußen soll nach dem Wunsch des Reiches etwa 30 000 Wohnungen bauen. Wie verlautet, kann Preußen jedoch ein Zusatzprogramm von diesem Umfang im Auge nicht finanzieren. Dafür wären ungefähr 150 Millionen nötig, d. h. 60 aus dem Zwischenkredit des Reiches für den Kleinwohnungsbau, 60 Millionen, die Preußen von sich aus per Anleihe aufbringen müsse und noch weitere 30 Millionen. Wahrscheinlich werden 120 Millionen für erste und zweite Hypotheken bereitgestellt.

Will man mit dem Zusatzprogramm im Spätherbst die dann austretenden Beschäftigungslücken auf dem Baumarkt schließen, dann dürfen an dem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm in Preußen wie in den übrigen Ländern keine großen Rücksicht gemacht werden; denn wenn das Reichsbauministerium die Landesregierungen förmlich beschwört, ein Zusatzprogramm von 40 bis 50 000 Wohnungen für dieses Jahr noch zu bewilligen und sofort mit dem Bau zu beginnen, dann spricht das deutlich genug. Man weiß dann, was für den Herbst und Winter vom Arbeitsmarkt erwartet wird.

## Der Donau-Oder-Donau-Kanal.

Alte Wasserstraßenpolitik der Tschechoslowakei.

Aus Prag wird uns geschrieben:

Bereits vor dem Kriege hätte man der Frage eines Wasserweges durch Böhmen und Mähren, der dann auch die Verbindung mit der Oder herstellen sollte, volle Aufmerksamkeit geschenkt. Es lag aber im Wesen der Sache, daß man weniger an die Verbindung der Elbe und der Oder einerseits und der Elbe und Donau andererseits dachte als an den Bau einer Verbindung zwischen der Oder und der Donau. Dazu war es aber notwendig, die March zu kanalieren.

Angesichts der besonderen Bedeutung dieses Kanals für die tschechoslowakische Industrie, besonders für das Ostrau-Karwiner Revier, hat die tschechoslowakische Republik ein großes Interesse daran, die Durchführung eines großzügigen Wasserstraßenprojektes zwischen den drei genannten Wasserräumen zu beschleunigen. Das Ostrau-Witomitzer Eisenwerk, das seine Erzgruben bekanntlich in Schweden hat, befördert jetzt die Erze bis Cösel in Ober-Schlesien auf dem Wasserwege. In Cösel muß sie dieselben aber umladen, da von Cösel nach Ostrau keine Wasserverbindung existiert. Die Umladekosten sind, ganz abgesehen von den Erzverlusten bei der Umlagerung, außerst hoch.

Heute sind die vom tschechoslowakischen Ministerialrat Magistrat ausgearbeiteten Pläne so weit gediehen, daß nur noch die Entscheidung der Interessenten aussteht, ob der Kanal innerhalb Mährens auf der rechten oder auf der linken Marchseite verlaufen soll. Fertiggestellt sind die Projekte für beide Seiten.

Für die Führung auf der rechten Seite spricht der Umstand, daß die meisten wichtigen mährischen Städte auf der rechten Seite liegen. Dagegen sind rechts größere technische Schwierigkeiten zu überwinden, als links. Die gleiche Struktur des linken Ufers ermöglicht es, dem Bau von Schleusen und Sperrwerken fast ganz auszuweichen. Es ergäbe sich eine einheitliche Wasserstraße von 40 Kilometern mit gleichem Wasserspiegel. Bedenkt man, daß die Überwindung

einer Schleuse für einen Frachtkahn von 1200 Tonnen Ladung dreieinhalb Kilometer Fahrzeitverlust mit sich bringt, so ist der Vorteil gewiß nicht zu unterschätzen. An der Lösung dieser technischen Frage der Kanalführungen arbeiten gegenwärtig zwei Kommissionen.

Ein wichtiger Teil der Strecke und zwar die Kanalisierung der Elbe bis Pardubitz, ist bereits durchgeführt. Die weitere Etappe ist dann Pardubitz-Breclav, von wo an sich der Kanal in zwei Arme spalten soll. Der eine Arm führt über Breclav, die Verbindung mit Wien herstellend und bis Theben bei Pressburg, der zweite Arm durch das Ostrau-Karwiner Revier bis nach Cösel auf deutschem Boden.

Auch bezüglich der Führung des Kanals Ostrau-Cösel steht noch die Frage offen, ob der Kanal im Oderbett geführt werden soll oder ob es nicht vorteilhafter wäre, einen eigenen Kanal anzulegen. Die Frage der Wasserversorgung eines solchen Kanals ist bereits gelöst. Die große Wasserhaltungsstation wird bei Landskron errichtet, wo das Wasser durch große Zuführungen aus dem Niederschlagsgebiet der March einerseits und aus kleineren Flüssen in Böhmen andererseits in die große Station gebracht werden soll.

Im ganzen ist im Verlauf des Kanals die Errichtung von nicht weniger als 17 Talsperren notwendig. Die Errichtungskosten sind zwar sehr bedeutend, doch sollen sie durch den Gewinn an elektrischer Kraft aufgebracht bzw. gedeckt werden. Bei jedem Stauwerk wird ein Elektrizitätswerk errichtet werden. Die Durchführung dieses Projekts bedeutet in Kombination mit dem Dortmund-Emskanal nichts geringeres als den Anschluß der tschechoslowakischen Republik an die gesamten Wasserstraßen und über diese hinaus an die großen Häfen des Deutschen Reiches. Nach dem Ausbau der Verbindung des Dortmund-Emskanals mit Berlin wird auch die direkte Wasserstraße von der Tschechoslowakei nach der Hauptstadt des Deutschen Reiches hergestellt sein.

## Vertagung des Rätekongresses auf 1927!

Abenteuerliche russische Gerüchte.

Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union. Das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion beschloß, den siebten ordentlichen Rätekongress auf das Frühjahr 1927 zu verschieben, da es angeht der Tatsache, daß in verschiedenen Städten der Sowjetunion erst 1925 Wahlen stattgefunden haben, unmöglich ist, jetzt wieder neue Wahlen auszuschreiben. (Der Gegensatz in der KP.R. und der Rückgang komunistischer Stimmen bei den letzten Wahlen macht Neuwahlen den Sowjetmächten offenbar unannehmlich. Red.)

Bürgerliche Blätter bringen abenteuerliche Nachrichten über neue Militärvölker in Sowjetrussland, an denen sich angeblich auch Trotzki beteiligen soll. Die amtliche Moskauer Berichterstattung erklärt diese Meldungen für böswillige Erfindungen.

## Doppeldeutige Volkspartei-Politik.

Wo es geht, Rechtsblock — sonst große Koalition!

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt im Zusammenhang mit den für Oktober und November bevorstehenden Wahlen im Freistaat Sachsen unter anderem:

„Die Großherrschaft Sachsen des Jungdeutschen Ordens, der Landesverband Sachsen des „Stahlhelm“, „Werwolf“, „Wiking“ und der „Reichsflagge“ verlangen von den nationalen Parteien Sachens, daß sie sich für Gegenwart und Zukunft zu einer festen und für kleinen Sonderfall lösbareren Schwarzwälder-Roten Einheit zusammenfassen. Einheitsversammlungen und ein Zusammensein mit der Sozialdemokratie auch von Hall zu Hall gründlich ablehnen. Die genannten Verbände verlangen gleichzeitig Sicherheiten dafür, daß der von ihnen gewünschte politische Block auch nach erfolgter Wahl wirklich bestehen bleibt und im Sinne der Verbände arbeitet. Gleichzeitig kündigen sie den Parteien Freude an, die nicht auf diese Forderungen eingehen. Die sächsischen Lehrverbände haben, so hofft es in dem Kreis weiter, mit ihrem Schreiben an bürgerliche Parteien den Arbeitskreis verlassen, den sie sich gestellt haben. Sie werden sich zu einer den Parteien übergeordneten Instanz auf und nehmen gleichzeitig in einleitiger Weise Partei. Sie werden sich also nicht wundern dürfen, wenn ihre Forderungen abschlagig absehbar werden. Die Deutsche Volkspartei wird sich niemals dazu bewegen lassen, eine große Partei wie die Sozialdemokratie grundsätzlich von der praktischen politischen Arbeit auszuschließen.“

Die sächsischen Volksparteileiter würden mit der Festlegung auf den Rechtsblock eine offensichtliche politische Dummheit machen. Sie würden sich in Sachsen, wo ein Rechtsblock in absehbarer Zeit niemals die Mehrheit haben kann, ein für allemal aus jeder Regierung aushalten, während sie heute dort recht einflußreich sind. Die Ablehnung der schwarz-weißen Regierung in Sachsen bedeutet für die Volkspartei also kein politisches Opfer, zumal in der Agitation die sächsischen Volksparteileiter, zu deren Führern ja auch der soeben verurteilte Korruptionsheld Meissner gehört, doch alle schwarz-weißen Regierungen ziehen.

Bemerkenswert ist aber immerhin die Tatsache, daß es das Berliner offizielle Zentralorgan der Volkspartei ist, welches von der Festlegung auf den Rechtsblock abrät. Das deutet auf neue Versuche zur Einflussnahme auf die preußische Regierung hin, denen wir ohne jede Gegenüberstehen. Erinnern wir uns doch noch der schweren Hemmungen, die die Arbeit der sozialistischen Minister in der letzten Großen Koalitionsregierung Preußens erlebt, und sehen wir doch, daß im Reich gleichzeitig die Stadtmänner auf Heranziehung der Deutschen Nationalen zur Regierungsbildung nach der Erledigung des Völkerbundseintritts hinarbeiten. Wenn die Volkspartei gern gleichzeitig mit verschiedenen Kombinationen Rücksicht auf allen Seiten nehmen will, so haben wir gar keine Interesse daran, ihr das zu erleichtern.

## Die ersten Verfassungsfeiern.

Aufstand zum 11. August.

### Löbe in Amsterdam.

Amsterdam, 9. August. (Eigener Funkbericht.)

Der Reichstagspräsident Genosse Löbe traf am Sonntag mittag um 12 Uhr in Amsterdam ein, begrüßt vom Vorstand des Reichsbanners und Ortsverein der Sozialdemokratie. Anschließend fand ein großer Empfang im Hotel Union statt. Als Vertreter der Gemeinde Amsterdam begrüßte Ratsherr Genosse Mihaut den Reichstagspräsidenten Löbe. Im Namen des Parteivorstandes der holländischen Sozialdemokratie sprach Genosse Mihaut. Löbe dankte in herzlichen Worten. Am Ende fand eine Zusammenkunft der Spitzen aller deutschen Vereine zu Ehren Löbes statt. Dann folgte eine Versammlung, in der Löbe eine Verfassungsrede hielt.

### Wels und General Rörner in München.

München, 9. August. (Eigener Funkbericht.)

In München war die Beteiligung an der Verfassungsfeier so groß, daß die ursprünglich für die Veranstaltung bereitgehaltene Flugzeughalle der Ausstellung nicht ausreichte, um die Massen zu fassen. Viele Tausende füllten in den großen Saal vor der Halle. Hier sprach der österreichische Generalsekretär der Sozialdemokratie, General Thedor Rörner, der bekanntlich Sozialdemokrat ist. Seine Ansprachen galten dem Anschluß. Gedankt wurde der sozialdemokratischen Fliegengruppe, die die Ausstellung nicht ausreichte, um die Massen zu fassen. Der Kaiserreich sei man heute an nichts mehr als in Deutschland. Dort würde die große Monarchie über Regierungskräfte keine Rolle mehr. Die paar Monarchisten seien harmlose Karren.

In der Flugzeughalle sprach der Karlsruher Theologe Otto Wels. Er stellte vor aller Öffentlichkeit nochmals fest, daß

Bayerns Regierung keine Verfassung feierte und sich darin sogar von dem Reichspräsidenten Hindenburg unterscheidet, der wenigstens die Konsequenz aufzubringen vermag, sich an diesem Tage zur Verfassung zu bekennen. — Die Feierlichkeiten nahmen ihren Abschluß mit einem Vorbeimarsch des Reichsbanners vor dem General Rörner und dem Parteivorsitzenden Otto Wels.

### Eine Verfassungsfeier freiheitlicher Akademiker

hielt in Berlin der vor einiger Zeit gegründete Bund „Befreiung freiheitlicher Akademiker“ ab, der dem Breslauer Bund republikanischer Akademiker entspricht. Die Befreiende heißt Universitätsprofessor Geheimer Rat Dr. Clemens Peter, der als Mediziner in überzeugender Weise die wissenschaftliche Sinnlosigkeit der Erbmönarchie als Form der Führung ausdrückte auf Grund der Verordnungsforschung nachwies. Auch die östlichen Einwände gegen den Artikel 109 der Reichsverfassung über die Gleichheit aller Staatsbürger widerholte der angehende Gelehrte mit dem Hinweis auf die mehrheitliche Unmöglichkeit der Idee der Rassefreiheit, die als Prinzipienstaatsbürgerschaft Beweisung nur die Gesinnung und Leistung überreichte. Diese setzte z. B. auch die deutsigen Soldaten allein durch die Zahl ihrer 12 000 Kriegsgefallenen beweist. In dem ehemaligen Weise wurde sich dieser österreichische Universitätsprofessor nicht nur gegen die akademischen Einflüsse der Befreienden, sondern auch grundlegend gegen die Konservativheit des Schulunterrichts, die eine wirkliche Auslese der Bevölkerung für die akademische Bildung verbüttete. Den Bonner Studenten stellt er das Bismarckwort vor den Gehöpfen entgegen, deren Pflicht es ist, in Ehren unterzugehen.



## Bedenkliche Lücken des deutsch-französischen Handelsvertrags-Provisoriums.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die offiziellen Informationen über die Einzelheiten des Abkommens mit Frankreich ergehen sich in Schilderungen großer Vorteile, die das Abkommen beiden Seiten bringen soll. In wieweit diese Darstellung zutrifft, wird man einer genauen Nachprüfung der einzelnen Vertragspositionen, insbesondere der Zollbindungen und Zollermäßigungen vorbehalten müssen. Vollkommen unregelmäßt blieb das Gebiet der Textilwirtschaft, abgesehen von Seiden und Seidenwaren. Dagegen soll es im Austausch gegen Zollermäßigungen für Obst und Gemüse gelingen sein, für große Gruppen von Waren aus der Maschinenindustrie, der elektrotechnischen Industrie und anderer Verarbeitungsindustrien Vorteile zu erreichen. Aber selbst die halbmärschlichen Schilderungen geben zu, daß für den deutschen Export viel mehr zu erreichen gewesen wäre, wenn man nicht gegenüber der Einführung von Wein aus Frankreich die von den Großgräzern dictierte Zollsperre hartnäckig aufrechterhalten hätte. Man schmeichelt sich an amtlichen Stellen offenbar damit, daß immerhin noch ein Vertrag zustande gekommen ist, der den Franzosen bei der Gestaltung ihrer Zölle in weitgehender Weise die Hände bindet. Das gilt insbesondere für etwa vornehmende Zollerhöhungen auf Grund einer weiteren Währungsverschlechterung. Man scheint auch recht zufrieden damit zu sein, daß man darüber hinaus auf dem Gebiete des Niederlassungsrechtes und der konsularischen Vertretung bei dem vorläufigen Provisorium mit Frankreich etwas weiter gekommen ist als bisher. Auch wenn diese Selbstzufriedenheit gerechtfertigt sein sollte, kann sie doch darüber nicht hinwegtäuschen, daß man unter dem Druck privater Interessen bei dem gegenwärtigen Vertrage wiederum wichtige Exportmöglichkeiten und damit Absatzmöglichkeiten für die deutsche Industrie und Arbeitsmöglichkeiten für die deutsche Arbeiterschaft dem Agitationsbedürfnis kleiner politischer Gruppen geopfert hat.

Gegenwärtig ist das Interesse der französischen Wirtschaft an dem Vertragsabschluß mit Deutschland sehr groß. Ob das noch in einigen Monaten der Fall sein wird, ist mindestens zweifelhaft, nachdem Frankreich jetzt ernsthaft seine Währung zu sanieren sucht. Tritt in Frankreich die Stabilisierungskrise ein, wie wir sie in Deutschland erlebten, so ist auch jenseits der westlichen Grenze mit einem neuen Aufschlag der Hofzollbewegung zu rechnen. Offenbar aber haben bei allen bisherigen Abschlüssen mit Frankreich auch private wirtschaftliche Erwägungen eine große Rolle gespielt. Deutlich tritt das bei dem gegenwärtigen Abkommen darin hervor, daß man die Eisenfragen zwischen Hauptaufsicht und Spielgelassen hat im Hinblick auf die Entstehung des internationalen Eisenkartells. Ferner wird das darin erkennbar, daß die chemische Großindustrie, nachdem sie bisher mit den Franzosen noch keine Einigung erzielen konnte, jetzt aufgefordert wurde, den Abschluß des endgültigen Vertrages durch private Abmachungen mit den französischen Konkurrenten vorzubereiten.

Die amtliche Handelspolitik degradiert sich durch herartige Rücksichtnahme auf die privaten Interessen zum Schriftsteller des Privatkapitals, die großen volkswirtschaftlichen Fragen aber bleiben bei dieser Handlungsweise ungelöst.

## Amerikanischer Protest gegen die Wirtschaftspolitik Mexikos.

"Associated Pres" meldet aus der Stadt Mexiko: Der amerikanische Botschafter hat dem mexikanischen Auswärtigen Amt eine neue Note der Vereinigten Staaten betreffend die mexikanischen Petroleum- und Landesgesetze übermittelt.

## Aus aller Welt.

Die Tötung aus verschmälter Liebe erhält 7 Jahre Zuchthaus. In der Berufungsinstanz wurde gegen die wegen Ermordung des Arztes Dr. Seitz zum Tode verurteilte Schwester Hessner unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils 7 Jahre Zuchthaus verhängt. Die Untersuchungshaft wird mit 9 Monaten angerechnet. Das Gericht erkannte nicht mehr auf Mord, sondern auf versuchten Totstich in Tateinheit mit fahrlässiger Tötung.

Dem Bonner Hegpastor wird der Pfarrerstitel entzogen.

Dem bisherigen Pfarrer Mühlmeyer aus Bonn ist der vom Betriebemittler aus dem Pfarramt zunächst noch befehlene Titel "Pfarrer a. D." vom Landeskirchenamt Hannover jetzt durch besondere Verfügung entzogen worden. Es wurde Zeit!

Weitewinne = 1:100 bei einem Berliner Pferderennen.

Am Sonntag kam es bei dem großen Berliner Stutenjagden zu einer Sensationellen Ueberraschung. Der vielgewettete Favorit "Heimland" verlor völlig und statt dessen wurde der Aufseiter "Westfalia" Sieger. Es wurden am Totalisator für 10 Mark Wetteinzug 1068 Mark ausgezahlt.

Schweres Unglück auf der Radrennbahn.

Ein Unglück mit schwerwiegenden Folgen war am Sonntag während des Rennens auf der Köln-Riehlser Radrennbahn zu verzeichnen. Als nach dem zehnten Spur die Fahrer der Kategorie B ihre Runde machten, erlitt der Fahrer Frenzel einen Hinterzähnenbruch, geriet ins Schleudern und stürzte. Der Kölner Meister Brönter, ebenso bekannt als guter Motorradfahrer wie auch als Schriftsteller, lag hinter Frenzel. Brönter wollte ausweichen, ging zu hoch und kreiste mit dem Lenker die Kurvenabsperrung. Durch die Schnelligkeit des Fahrzeugs flog Brönter mit dem Rad 15 Meter über die Absperrung in das Publikum, das gerade an dieser günstigen Stelle sich stark angestaut hatte. Er ergrub eine Dame und zwei Herren unter sich. Weiter wurden mehrere Personen durch das stürzende Rad teils schwer, teils leicht verletzt. Brönter erlitt schwere innere Verletzungen. Außerdem wurde ihm das rechte Bein abgequert. Nach wenigen Minuten konnten die Verletzen nur noch den Tod feststellen.

## Clemenceau gegen das Schuldenabkommen mit Amerika.

George Clemenceau läßt durch die Agentur Havas einen offenen Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Coolidge, verbreiten, in dem es unter anderem heißt: "Zwischen den beiden großen Ländern, die während des Krieges mit Frankreich verbündet waren, sind wegen der Übereinkunft überstaatliche entstanden, die die Zukunft der gesellschaftlichen Welt ernstlich bedrohen. England hat bisher immer die Tendenz verfolgt, die Völker des Kontinentes gegeneinander auszuspielen und hente ist es Amerika, von dem aus Frankreich hauptsächlich beunruhigt wird. Wenn die Nationen nur Geschäftshäuser wären, so würden die Banknoten das Schicksal der Welt regeln. Sie wissen, daß unsere Kassen leer sind. In solchen Fällen unterliegt der Schuldnier Wechsel. Das verlangen Sie auch von uns, aber es ist auch notwendig, daß wir hüben und drüben an eine Barregelung zu bestimmen. Zeitpunkt glauben können. Aber es ist offenes Geheimnis, daß es hier nur um fiktive Fälligkeiten handelt, die den Zweck haben, eine GuVnleihe mit guten Hypotheken auf Grund und Boden, wie in der Türkei, herzuführen. Das werden wir niemals annehmen. Frankreich ist nicht verkünftlich, auch nicht an seine Freunde. Wir haben es unabhängig übernommen und unabdingbar wollen wir es hinterlassen. Dies ist bringende Jahre hindurch haben wir von Amerika gehört: Frankreich ist die Grenze der Freiheit. Die endlose Reihe der Toten ist eine Bankrechnung, die wohl mit der Rechnung Amerikas einen Vergleich aufzuhalten kann. Clemenceau spricht mit der Erfahrung, daß er frei und offen Präsident Coolidge seine Ansicht vortrage, so daß dieser jetzt das Wort habe".

Paris, 7. August. (Eigener Bericht.) Der Senat hat am Sonnabend morgen die Vorlage über die Amortisationsfalle und das neue Abkommen des Staates mit der Republik Frankreich mit 281 gegen 8 Stimmen angenommen. An beiden Vorlagen wurden kleinere Änderungen vorgenommen, so daß die Entwürfe noch einmal an die Kammer zurückgehen müssen, ehe sie endgültig verabschiedet werden. Am Sonnabend abend erklärten sich beide Häuser mit der Einberufung der Nationalversammlung in Versailles auf Dienstag einverstanden.

Vorausichtlich wird Poincaré nach Versailles die Parlamentssäle schließen und die Häuser bis zum 1. Oktober in die Ferien schicken. In der Herbstsitzung wird dann die Debatte über die Ratifizierung des Schuldenabkommens angeschnitten werden. Die Regierung scheint zu hoffen, daß sich bis dahin der gegenwärtige noch unverbindliche Widerstand der Kammer gegen das Abkommen gelegt haben wird oder vielleicht auch Wildungen, besonders am Washingtoner Abkommen, erreicht sein werden. Der Ministerrat wird sich zwar am Montag vormittag noch einmal mit dieser Frage befassen, aber es scheint ziemlich ausgeschlossen, daß er sich für die sofortige Ratifizierung des einen oder anderen Abkommens noch vor den Ferien in Anbetracht des erbitterten Widerstandes der Mehrzahl der Kammerabgeordneten aussprechen wird.

## Aus Schlesien.

### Thakos für Landjägerebeamte.

Die ehemalige Gendarmerie, jetzige Landjägerei, hat bei ihrer Einrichtung ursprünglich Thakos getragen; jetzt sind derartige Kopfschmucke bei der Schutzpolizei und der kommunalen Polizei eingeführt, so daß die Besoldung bereits davon gewöhnt ist, die im Dienst befindlichen Polizeibeamten hieran zu erkennen. Deshalb werden, wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem Rundschreiben des Preußischen Ministers des Innern entnahm, die Landjägerebeamten wieder mit Thakos ausgestattet. Der Thako wird in gleicher Weise wie früher der Helm regelmäßig zum Dienst getragen; bei bestimmten Dienstleistungen kann ausnahmsweise das Tragen der Mütze angeordnet werden, weil der Thako die Ausführung des Dienstes behindern würde.

### Rückgang der Fleberekidemie in Schlesien?

Die Suche nach dem Erreger der Sumpffiebererkrankungen, die von dem Hygienischen Institut und von der Universitätsklinik in Breslau vorgenommen werden, hat bisher kein Ergebnis gezeitigt. Die unmittelbaren Ursachen der rätselhaften Epidemie, die seit einiger Zeit das mittlere Schlesien heimsucht, bleiben also vorläufig noch unentdeckt; was feststeht, ist lediglich, daß die durch die starken Regenfälle hervorgerufenen Überflutungen einzelner Landstreken günstige Existenzbedingungen für den unbekannten Krankheitserreger geboten haben.

Die Zahl der an der Epidemie Erkrankten hat sich von 800 auf 1900 vermehrt, obwohl die frühe Witirung wesentlich zur Herabminderung der Erkrankungsziffer beitrug. Die Leitung des Krankenhauses in Orlau, wo die Zahl der von der Epidemie Befallenen von 400 auf 750 gestiegen ist, ist überhaupt der Ansicht, daß von einem Rückgang des Sumpffiebers gesprochen werden kann, zumal auch in den Kreisen Reichenbach, Trachenberg und

### Das Doppel Leben eines Regierungsrates

wurde vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg entschuldigt. Der Regierungsrat G. D. Körner hatte sich wegen verschiedener Vertrügerien zu verantworten. Durch seine Spielwut hat er nicht nur sein väterliches Erbe und das Vermögen seiner Schwester und naher Verwandter durchgebracht, sondern sich auch noch in eine Schuldenlast von 40 bis 50 000 Mark gestürzt. Körner stammt aus einer alten Offiziersfamilie. Er hatte mit glänzendem Erfolg sein Studium gemacht und war stellvertretender Landrat in Helgoland und Stellvertreter des Regierungspräsidenten in Meseburg. Später kam er in leitender Stellung nach Berlin. Nachdem ihn die Spielwut geradet hatte, führte er ein Doppel Leben. Am Tage war er als Beamter tätig und die Nächte verbrachte er in Spielclubs. Oft blieb er Tage lang aus dem Amt weg, nahm Urlaub, um nach Monte Carlo und anderen Spielorten zu fahren. In letzter Zeit hat er mehr als 100 000 Mark verpielt. Der Angeklagte wurde mit Verurteilung auf 51 freigesprochen.

### Ein Kind von Ratten angelitten.

Nach einer Meldung des Montagmorgens wurde das sechsjährige Söhnchen eines Arbeiters in Lichtenfelde-Ost bei Berlin am Sonntag nachmittag beim Spielen an einem Wassergraben von mehreren Bißmäusen angefallen. Die Tiere brachten dem Kind starke Blutungen an Armen und Beinen bei. Passanten mußten die wütenden Ratten mit dem Knüppel vertreiben. Der verletzte Knabe mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden, da sofort Fieber auftrat.

### Zwei Landstreicher im Nachquartier verbrannt.

Bei dem Brande einer alten Scheune in Rostok bei Prag, die vielfach von Landstreichern als Nachquartier benutzt wurde, wurden bei den Aufräumarbeiten verdeckte Körperreste aufgefunden, die darauf schließen lassen, daß neun Personen umgekommen sind. Nach späteren Meldungen soll die Zahl der Opfer sogar zwölf betragen.

### Der Direktor der Bank von Frankreich tödlich verunglückt.

Der Direktor der Bank von Frankreich, Delhamps ist am Freitag mit seiner Gattin einem Autounfall zum Opfer gefallen. Er war mit seiner Frau und seinen Kindern auf dem Wege nach Mittelfrankreich. Aufgrund eines Defektes überfuhr das Auto Delhamps und seine Frau wurden getötet. Delhamps hatte einen großen Ruf als Finanzmann.

Schließlich in den letzten Tagen ein Abschluß der Epidemie zu verzeichnen war. Trotz dieses bisher relativ günstigen Verlaufs der Sumpffieber-Erkrankungen erscheint es jedoch angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Gefahr noch keineswegs vorbei ist. Das heißt weiter, daß die Zahl der Flebererkrankungen ansteigen lassen. Es spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Sitz auch dem unbekannten Erreger des Sumpffiebers einen günstigeren Rückboden bietet als die frühe Witirung. Es wird daher erforderlich sein, daß alle Personen, die in Überschwemmungsgebieten tätig sind, es an der nötigen Vorsicht nicht fehlen lassen.

### Auflösung zweier Rittergüter.

Die ehemaligen Leibster Klosterpforter Schlauphof, Kreis Liegnitz, und Arnoldshof, Kreis Jauer, sollen in Eigentumslösungen aufgeteilt werden. Die Eigentumslösung soll eine Größe von 52 bis 68 Morgen, einige Arbeitersiedlungen eine Größe von 7 bis 15 Morgen, ein Riegel eine Größe von etwa 176 Morgen haben. Es bleibt noch eine aus dem sogenannten Schloß zu bildende befreite Siedlung. Der Boden ist zweiter und dritter Klasse. Die Auflösung geschieht durch die Schlesische Landesgesellschaft in Breslau.

### Der Mittelschüler Hanßüberfall aufgelöst.

Der Hanßüberfall auf den Geldtransport der Abwehrgrube hat nun seine Auflösung gefunden. Der Hindenburg-Kriminalpolizei ist es gelungen, die Täter, fünf Personen aus Mittelschülern und Bürgern, festzunehmen. Unter den Verhafteten befindet sich ein Grubenarbeiter aus Mittelschülz, der sich im vorigen Jahre an der Verabreichung des Rohrgeldertransports auf der Preußenstraße beteiligt hat. Bei einem der Verhafteten wurde ein Beischlagnahm; ferner fand man bei einem andern eine schwere Gewehrmast, ein Militärgefecht mit Munition und von den geräumten 33 000 Mark unter Rahmen versteckt 200 Mark.

Der von den Angeklagten zu führen versuchte Alibi-Beweis ist völlig mißglückt.

Sacrau. Über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und über die Frage, wie man dem deutschen Volk soziale Existenzmöglichkeit läßt, sprach am vergangenen Donnerstag in Sacrau ein Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Die Nationalsozialisten sind in letzten Endes auch die einzigen, die Deutschland retten können. Bedauerlich ist bloß, daß mit schwungvollen Seiten und schönen (manchmal auch nicht sehr schönen) Phrasen die Arbeitslosigkeit nicht zu beheben geht. Aber wir müssen die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen die übernationalsozialistisch inspirierten Leute. Endes ja gar nicht. Man findet nur bequem, etwas im Trüben zu suchen.

Langenbielau. Keine Sumpffieberfälle. Über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Langenbielau sind von einzelnen Tageszeitungen Berichte veröffentlicht worden, in welchen behauptet wird, daß in Langenbielau einschließlich dem Ortsteil Langenbielau über 300 Sumpffieberfälle und eine größere Anzahl Taphusfälle vorgekommen seien. Der Magistrat von Langenbielau bittet uns, darauf hinzuweisen, daß die Behauptungen nicht den Tatsachen entsprechen. Sumpffieberfälle sind in Langenbielau überhaupt nicht vorgekommen. Zu verzeichnen sind nur drei leichte Fälle von Taphusinfektionen für einen Ort von 18 000 Einwohnern in diesen Krankheitsfällen äußerst minimal.

Ober-Bellau bei Greifswald. Aus der Kommunalverwaltung. Die lokale Gemeindevertretung beschloß die Aufnahme einer Ayleihe von 2000 Mark bei der Gemeindesparkasse. Um der Arbeitslosigkeit abzuhelfen, sollen in Arbeitslosen beim Ausbau der Bahntrasse als Rottandsarbeiter beschäftigt werden. Bei der Kommunalbank in Reichenbach soll eine Zwischenhypothek in Höhe von 2000 Mark aufgenommen werden für ein zu errichtendes Amtslehrerhaus. Die SPD-Faktion legt sich besonders für weitere Wohnungsbauarbeiten ein.

Bathow. Vom Tode des Ertrinkens rettete der Schüler Langowski den Stellmeister Deichsel. Dieser hatte in der Nacht ein Bad genommen, war in ein Bett geraten und unterging.

Hirschberg. Ein Lastauto in den Zaden gestürzt. Am Freitag abend kam das Lastauto der Firma Laqua in Wartibrunn unbeladen die Straße am Zaden von Schreiberhau nach Petersdorf gefahren. Bei einer Kurve muß der Führer die Kurve über den Wagen verloren haben und der Wagen stürzte über die steile Böschung herab in den Zaden. Zwei Arbeitern gelang es, im letzten Augenblick abzuspringen, wobei der Arbeiter Admetz Schreiter, ein zweiter Arbeiter leicht verletzt wurde. Beim Absturz überstieg sich das Auto, sodass es mit den Rädern nach oben im Flussbett zu liegen kam. Der Autoführer geriet unter den Wagen und wurde getötet. Durch vorüberfahrende Autos wurde den Verletzten die erste Hilfe zuteil.

Königsbrück. Keine Zahlung der Erwerbslosenunterstützung. Der Magistrat Königsbrück beschäftigt, in den nächsten Tagen die Arbeitslosenunterstützungszahlungen einzustellen, ebenso die Weiterführung der im vorigen Jahre begonnenen Kanalbauten, weil die von der Regierung vertragene Unterstützung nicht eingegangen ist.

### Auffindung antiker Statuen in Athen.

Bei Erdarbeiten in den königlichen Ställen in Athen wurde ein antiker Friedhof entdeckt. Der wichtigste Fund ist die Statue einer Athenerin. Sie ist in traumerhaltener Haltung dargestellt und trägt einen Schleier, der den Kopf und den Körper bedeckt. Das Gesicht ist gut erhalten und von außerordentlicher Schönheit. Man datiert die Statue in das dritte Jahrhundert vor Christi. Neben dieser Frauenskulptur wurde noch der Kopf eines Philosophen, verschiedene Sarkophage und Reliefs aufgefunden.

### Pestfälle in Konstantinopel.

Der "Matin" meldet: In Konstantinopel sollen zwei Fälle von Pest festgestellt worden sein.

### Die Allgegenwart der Malaria.

Es ist bekannt, daß in Deutschland den Schmidts, Schultens (alle Marien eingeschlossen), Müllers und Krügers unter allen Namen unbekannt die Börse gehörte. Ob es nun mehr Müllers als Schmidts oder Schmidts gibt, das hat noch kein Sachverständiger festgestellt. In den Vereinigten Staaten hat jedoch die Statistik, laut "Frankfurter Zeitung", zugunsten der Smiths entschieden. Eine Statistik über die Verbreitung der Malaria entschieden. Eine Statistik über die Amerikanischen Zustände auf Grund der Statistik, die während des Krieges für Heer und Flotte aufgestellt wurden, hat überraschende Ergebnisse gezeigt. Diese Liste zeigt auf: Smith 1 204 300; Johnson 1 024 200; Brown 720 500; Williams 682 700; Jones 658 900; Miller 625 800; Davis 537 900; Anderson 477 900; Wilson 422 300; Moore 363 400. Aufzuland ist, daß diese Namen sämtlich britischen Ursprungs sind. Ein anderes Resultat ergibt sich, wenn die Verbreitung der Namen in den einzelnen Staaten gezeigt wird. In Neapel steht unmittelbar nach Smithen, auf zweiter Stelle Comiso. In Cincinnati nimmt Meyer die dritte Stelle ein. In Boston überwiegt dagegen stark das niedrige Connecticut. Die Namensliste für Boston lautet: Smith, Schröder, Brown, Johnson, Murray. Aber Smith markiert in fast allen Städten an der Spitze der Liste.

### Die riesigen Waldbrände

In Montana ( Vereinigte Staaten), die schon seit dem 21. Juli brennen und sich nach immer ausdehnen haben, jetzt zur Hälfte der Stadt Missoula gewandert. Die Waldbrände in Montana und Idaho ist so groß, daß die Sorgen verfliegen.

## Breslau (Land)-Neumarkt.

Das Wasser der Höhe ist, nachdem seit einigen Tagen schönes Wetter eingetreten, bedeutend gefallen. Während an den letzten Tagen die Höhe nur noch an niedrig gelegenen Stellen übergetreten war, steht das Wasser jetzt mehrere Meter unter dem Ufer. Es sind noch bedeutende Lücken zurückgeblieben, zum Beispiel auf Kartoffel- oder Rübenfeldern, wo das Wasser nicht abschmelzen konnte. Man kann jetzt auch wieder trocknen Fußes von den unter der Eisenbahn bei Kleintendorf führenden Feldbahnen entlang gehen, jedoch ist an den sandigen Stellen der Böden noch nach. Wenn das schöne Wetter noch einige Tage so bleibt, wird das sonst so ruhige flüssige Höhe in seinen alten Wasserstand zurückkehren.

**Kleintendorf.** Am 4. August wurde beschlossen, einen Betrag derjenigen Kosten, die durch die Schäden des Hochwassers entstanden und auferkammt sind, von der Gemeinde zu übernehmen. Zur Abschätzung der entstandenen Schäden wurde eine Kommission von 4 Mitgliedern, bestehend aus den Herren Egner, Ditsfeld, Kranke und Gensler-Schlaudt, gewählt. Ferner wurden beschlossen, den Sportplatz mit einem 2 Meter hohen Drahtzaun einzufriedigen. Desgleichen wurden die Kosten für den Ausbau des alten Spritzenhauses zur Unterbringung des neuen Spritzenwagens in Höhe von 650 Mark bewilligt. Zur Abtragung der Reisschuld bei der Schlesischen Heimstätte in Höhe von rund 15 600 Mark wird der Gemeindvorsteher ermächtigt, ein Darlehen in dieser Höhe aufzunehmen. Die Einrichtung einer neuen Friedhof- und Grabstättenordnung hat sich als notwendig erwiesen; desgleichen eine neue Wohnung der noch unbelegten Felder des Friedhofs. Der alte Zustand, daß Erbbegräbnisse und andere Gräber dicht nebeneinander liegen, zwischenzeitlich noch reservierte Stellen, war unhalbar. Es müssen aber auch Urnenplätze geschaffen werden. In diesen Dingen soll jetzt Rechnung getragen werden. Es sind also in Zukunft: Urnenplätze, Erbbegräber, Mausoleen und Erbbegräbnispätze vorgesehen. Die Gebühren für diese Stellen sind folgende: Erbbegräber für Kinder bis zu 5 Jahren 5,50 Mark, von 5 bis 14 Jahren 8,50 Mark, Erwachsene 13 Mark; Randgräber für sofortigen Belegung 30 Mark, als reservierte Stelle 50 Mark; Erbbegräbniß und Gräberplätze pro Quadratmeter 60 Mark; Urnenplätze für je 14 Quadratmeter 15 Mark. Es kostet also in Zukunft ein Erbbegräber für 2 Personen 300 Mark. Die Denkmabgebühren betragen in Zukunft 10 Prozent des Materialwertes. Die Friedhof- und Grabstättenordnung fand in dieser Form einstimmige Annahme. Ein beantragter Wohnungsaufschub in der

Siedlung mit Breslau wurde abgelehnt. Hierauf fand eine geheime Sitzung statt.

**Gamalien.** Fahnenweihe der SPD. Am Sonntag, den 12. August, findet in unserem Ort die Fahnenweihe der SPD-Ortsgruppe statt. Wir bitten, daß die umliegenden Ortsgruppen Schwoith, Scholitz, Carlowitz, Hundsfeld, Reichenbach u. w. an der Feier teilnehmen. Medien ist Landtagsabgeordneter Winzer. — Gemeindevertretersitzung. Am 1. August fand hier eine Gemeindevertretersitzung statt. Punkt 1 der Tagesschaltung behandelte die Hochwasserbeschädigungen. Dieser Punkt war aber schnell erledigt, weil bei uns niemand in Frage kommt, der durch Hochwasser geschädigt ist. Punkt 2. Pflichtierung der Dorfstraße und Siedlungsbau. Die Straße sollte erst mit Schafe besfahren werden; es wurde aber ein Vorstieg gebracht, daß es besser sei, wenn sie gespult wird. Dieser Vorstieg wurde angenommen. Der Siedlungsbau kann leider noch nicht vor sich gehen, weil kein Geld aufzutreiben ist. Es soll aber nochmals versucht werden, Geld zu bekommen. Punkt 3. Gesuch Krause, wollte über verschiedene Punkte der gebauten Siedlung klarheit haben, aber leider kam es nicht dazu, denn der Gemeindevertreter Henrich (Zentrum) hatte sich zu der Sitzung einen großen Abend angekündigt und war so nicht mehr Herr seiner Sinne. Er störte dadurch die ganze Sitzung, worauf Krause die Sitzung durch Herrn Gemeindewortheiter Alsch abbrechen ließ.

**Malsch a. O.** Gemeindevertretersitzung. Eine reichhaltige Tagesschaltung, beschäftigte am 5. August d. J., die heimliche Gemeindevertretung. Zur Erledigung der Vorlage, Bau eines Doppelwohnhauses für 14 Familien, waren Vertreter des Kreises Neumarkt, Herr Syndikus Dr. Friedrich und Herr Kreisbaudirektor Über, und von der Schlesischen Heimstätte zwei Herren, darunter Herr Regierungsbauamtmann Trauge erschienen. Diese Vorlage bezog der Bau eines 14-Familienhauses durch die Gemeinde, was so unerwartet zur Veratura gestellt, daß selbst der Gemeindevorstand im Moment darüber ratlos war, welche Geistlichen Stellen vor nicht allzu langer Zeit das Ansuchen an Herrn Bürgermeister Hoffmann, ein Heim bzw. Wohnungen für Kriegerhinterbliebene zu bauen. Letzter kam der Antrag direkt von Geistlichen, daher rührte das von Architekt Kleemann-Breslau, angefertigte Projekt noch heute in einem Winkel der Amtsäume. Es gelang oben genannten Herren des Kreises und der Heimstätte schließlich doch, die Herren Gemeindevertreter von der Notwendigkeit, Wohnungen zu bauen zu überzeugen. 50 000 Mark wurden nun von Geistlichen, welche den Gemeinnützigen Wohnungs- und Bauverein vertreten, durch die Schlesische Heimstätte für den Verein beantragt und auch von der Regierung bereitgestellt. Durch verschiedene Umstände gezwungen, stellte der Gemeinnützige

Wohnungs- und Bauverein die für ihn bereitgestellten Haussitz, Steuer-Hypothesen (laut Mitteilung an Herrn Landrat Dr. Hüttelheim) der Gemeinde Malsch zur Verfügung. Zuletzt wurde doch nach langem Zögern beschlossen die ja Wohnungen zu bauen. Die Belebung der nach dem 31. März 1924 fertig gestellten Wohnungsneubauten von Gemeindeausflügen zur Grundvermögenssteuer wurde auf die Dauer von 5 Jahren beschlossen. Die Aufwertungssumme von 500 Mark der im Grundbuch von Malsch Band XI Blatt Nr. 342 für die Gemeinde eingetragenen geweichten Hypothek wird bis auf weiteres gestundet. Eine bessere Belebung der Bahnhofszufahrtsstraße wird unbedingt von der Gemeindevertretung verlangt und der Herr Bürgermeister beantragt, die erforderlichen Schritte dazu zu unternehmen. Ueber Bekämpfung der Rattenplage soll der bietige Haus- und Grundbesitzerverein erst gehört werden (Vorstand der Gemeinde). Des Weiteren wurde Kenntnis genommen von der Genehmigung des Ortsstaatsrats Malsch. Herr Bürgermeister gab hierauf Kenntnis von dem Stande der Verhandlungen über Errichtung des Vorortverkehrs mit Breslau, welcher in greifbare Nähe gerückt ist. Es sind bereits zwei Delphine zu bauen in Auftrag gegeben; hoffen wir also, daß der Verkehr mit der Großstadt endlich einmal gefördert wird. In Punkt Berichtigungen wurde Kenntnis gegeben, daß die Gemeindevertretung zu der am 21. und 22. August d. J. stattfindenden Kreisversammlung, veranstaltet von der hierfür eingeladen ist, und der Mundus ausgesprochen, sich zahlreich daran zu beteiligen. Im Anschluß an die öffentliche Sitzung fand eine geheime Sitzung statt.

## Nur dem Kreise Nimptsch.

### Die Leistungsfähigkeit der freien Gewerkschaften!

Der Zentralverband der Angestellten hat in der Zeit vom 1. Juli 1925 bis 30. Juni 1926 folgende Stellenlohnunterstellungen gezahlt: 3. Quartal 1925 61 190,50, 4. Quartal 1925 86 190,50, 1. Quartal 1926 160 171,15, 2. Quartal 1926 175 228,70 Reichsmark. Das ergibt eine Summe von 482 779,25 Reichsmark. Dieser außerordentlich hohe Betrag hat natürlich zur Folge, daß die Räte des BdA, stärker denn je in Anspruch genommen ist. Umso mehr ist es erforderlich, daß jeder Angestellte Mitglied des BdA wird.

### Verfassungsfeier.

Die behördliche Verfassungsfeier findet am 11. August abends 8 Uhr in der "Goldenene Krone" statt. Die Festrede wird Schrift Joachim halten.

## Schauspielhaus.

Operettbühne.

tel. Stephan 37 460.

Täglich 8 Uhr.

Der große Erfolg!

**Donnerwetter —**

Ganz James!

**Zurückgekehrt**

**Dr. Friedmann**

**Zurückgekehrt**

**Dr. Loehinger**

Facharzt, Geburtshilfe

und Frauenheilkunde

Kaiser-Wilhelm-Str. 21

Sprechst.: 10—12, 4—6.

**Zurückgekehrt**

**Dr. Schmerel**

Friedr.-Wilhelm-Strasse 10.

Sprechst. 8-10, 3-5 Uhr.

**Stenographie**

**Schreibm. Kurse**

Tafelzug, Vorwerkstr. 62.

**Pländer-Auktion**

12. August

**Julius Grundmann**

Treibgasse Straße 21

**Sofort Geld**

auf Pfänder!

**Erich Hans Rosner**

Uferstrasse 43, I. 1926

**Verfüsse**

Ges. Ruhm. Buchdruckerei

Reise, Züge, Blätter p. p.

verkauf preiswert

Handelskatalog

**Rosert Schmidt**

Glemmstrasse 74, 1926

Schreibsalat, 2-10. Kl.

Lippen, Zahnpflege 10.

Große Schreibsalat,

Diplom. Zahnpflege, Zahnpflege

verkauf preiswert

Handelskatalog

**Rosert Schmidt**

Glemmstrasse 74, 1926

Zeitung und Zeit-

Blätter, Zeitungen, Zeit-

Zeitung, Zeitungen

für die Redaktion kommende, Schriften für die Zeitungen

## Einiger Konkurs-Ausverkauf!

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Josef Exner, früher Alleinhaber der Firma Thomas & Exner in Breslau, Am Rathaus 25, verkauft ich

### einzel zu Konkurspreisen

das gesamte das Kaufhaus... Wasserleitung...

### Herren-, Damen- u. Seiden-Stoffe

### ebenso Reste

im Geschäftskontor der Firma Thomas & Exner Nachl.,

Am Rathaus 25.

Beginn: Montag, den 9. August 1926, vormittags 8 Uhr.

Leo Labuschkin, Konkursverwalter.

## Breslauer Hallenschwimmbad

Hellbäder, Darm-, Licht- u. Wasserbehandlung
Außer Sonntags täglich von 8 bis 8 Uhr

4244

## Wanzentod

radikalisch geschützt  
radikal Verfüllung, verhüllende Wirkung.  
Ebenso alle Spezialmittel geg. Schwaben, Russen, Flöhe, Motten, Mücken usw.

auszänende Anerkennung.

**Poh**  
Natur Grüne Drogerie, Breslau XIII, Kaiser-Wilhelm-Strasse 11

## Von der Postkarte bis zum Plakat

liefert Druckereien aller Art die

## Volkswacht-Buchdruckerei

Breslau 2, Florstrasse 4/6, Ferndorf Ring 1206

## Einreiseerlaubnis nach Nordamerika

kostenlose Auskunft über  
Besonderheiten gelegenheiten und die  
neuen Bestimmungen  
für die Einwanderungs-Gleichermarke  
nach den Vereinigten Staaten  
Registrierungs-Antragsformulare  
kostenlos durch die Vertreter des  
Norddeutschen Lloyd Bremen.

In Breslau: Norddeutscher Lloyd, Generalagentur Breslau, Lloydbüro G. m. b. H.  
Neue Schwedischer Straße 6 (Allianz-Haus)

## Drei Königstee

gegen Asthma, Lungen-, Nerven-, Gallenstein-,  
Magen-, Leber-, Rheumatismusleiden etc.  
Erhältlich in den Apotheken: Breslau Apotheke  
zur Hygieia, Tautenzienstraße 91, Ecke Grünstraße.  
Broschüre kostenlos durch

N. Fischer & Söhne, Dinkelsbühl I. Bay.

## Nähamaschinen-Reparaturen

aller Systeme werden seit 50 Jahren  
fachgemäß und schnell gefertigt, Abholung kostenlose  
Lager von neuen und gebrauchten Nähamaschinen  
alle mit 5 Jahren Garantie.

**M. Buttermilch**, Ritterplatz 11, I.

## Die Marine-Justizmorde von 1917 UND die Admiralsrebellion von 1918

(Dittmars' Erzählungen). Ueber 100 Seiten.

Band 1, 4 Mk. Böllwagt-Buchhandlung.

Soeben erschien:

**MAX ADLER**

## Marx als Denker

Aus dem Inhalt:

Der neue Denktypus / Die Entwicklung des  
Gesellschaftsbegriffes / Der Wahrheits-  
gehalt der Hegelschen Philosophie / Marx  
und Hegel / Marx und Feuerbach / Die ma-  
terialistische Geschichtsauffassung / Die  
Lehre v. Klassenkampf / Die soziale Eigen-  
gesetzlichkeit / Wissenschaftlicher und auto-  
rischer Sozialismus / Die ökonomische Ana-  
lyse der Gesellschaft / Wissenschaft und  
Politik / Die Verwirklichung der Philosophie  
Mit Anhang:  
Marx' Verhältnis zur Erkenntniskritik

Pappband 3.75 Mark / Ganzleinen 4.50 Mark

Zu beziehen durch:

**Buchhandlung VOLKSWACHT**  
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

## Etappe Gent

wieder erschienen!

Preis 2.50 Mk.

## BRSE Meldungen benötigt!

Volkswacht-Buchhandlung

Neue Graupenstr. 5 \* Neue Taschenstr. 11

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 9. August.

## Die Macht des Verbrauchers.

Dass die Arbeiter auch als Verbraucher eine sehr große Macht haben ist von uns schon oft dargelegt worden. Leider machen sie davon noch weit weniger Gebrauch, als von ihren politischen Rechten und ihrer Macht als Erzüger aller Daseinsgüter. Deshalb hatte der Konsumverein "Vorwärts" am Sonnabend abend die Funktionäre der Arbeiterbewegung zu einer Versammlung bei Bräuer in der Gabitzstrasse eingeladen, um ihnen von dem Genossen Schweikert, Lehrer an der Genossenschaftsschule in Hamburg, einen Vortrag über die Macht des Verbrauchers in der Wirtschaft halten zu lassen. Der Redner entschuldigte sich seiner Aufgabe mit pädagogischer Gründlichkeit. Zunächst stellte er der kapitalistischen die sozialistischen Wirtschaftsauffassung gegenüber. Nach kapitalistischer Auffassung sind Gütererzeugung und -verteilung in erster Reihe dazu angeleitet, den Besitz zu mehren, den Profit zu ermöglichen und zu steigern. Die wirtschaftliche Macht gibt den Kapitalisten dann zugleich auch Macht in Politik, Verwaltung, Fragen der Kultur und Erziehung, und in Fragen der Gesetzgebung. Wo kapitalistisches Machstreben hinführt haben wir am Weltkrieg gesehen. Mit kapitalistischer Wirtschaft eng verknüpft sind einerseits Überproduktion und andererseits Mangel am nötigsten. In der kapitalistischen Idee ist der Mensch nicht als Mensch angesehen, sondern im Mittelpunkt steht als Antreiber das liebe Geld.

Eine andere Wirtschaftsmeinung haben die arbeitenden Schichten. Nach sozialistischer Auffassung ist die Wirtschaft nur der Menschen wegen da. Ihre Aufgabe ist, das ganze Volk zu versorgen, und zwar gut zu versorgen. Sie hat deshalb dem organisierten Bedarf zu dienen. Eine Umformung der Wirtschaft nach sozialistischer Linie ist aber nur möglich wenn die Menschen hinter der Idee stehen. Millionen sind heut bereits in Partei und Gewerkschaften organisiert, um den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. Es wurden auch Erfolge erkämpft, im ganzen aber blieb die Hörigkeit. Die Massen müssen nicht nur zum Kampf geschult, sie müssen zugleich auch zu gemeinschaftlichem Denken erzogen werden. Und die Erziehung hat beim eigenen Ich zu beginnen. Wer als Führer vor die Massen tritt, der muss auch seine Frau erziehen können, dass sie nicht als Käuferin den Kapitalismus großziehen hilft, den er bekämpft. Die Frage nach der Macht des Verbrauchers wird viel zu wenig gestellt. Alles, was der Fabrikant erzeugt, ist werkslos, und bringt keinen Gewinn, wenn nicht der Verbraucher auf den Plan tritt. Die Verbraucher sind deshalb auch die größte Macht in der Wirtschaft. Das zeigt sich schon darin, wie sehr sie umworben werden. Der Arbeiterseind steht dem Arbeiterlunden gegenüber das freundliche Gesicht auf. Dazu kommen Vorwahlen, Reklame aller Art, Geschenkzugeben, Postkarten, Postpreise, alles, um den Verbraucher zu gewinnen. Mit seinem Weide sekt der Verbraucher dann aber eine ihm feindliche Wirtschaft in Betrieb. Ein denender Arbeiter tut das nicht, und er wird auch darauf achten, dass seine Frau die politischen und gewerkschaftlichen Erfolge als Käuferin nicht in Misserfolge verwandelt. In Breslau besteht der Konsumverein "Vorwärts" eine musterhafte Genossenschaft, und jeder denkende Arbeiter, besonders aber jede denkende Frau, muss sie durch fleißigen Einkauf fördern helfen.

Der Vortrag fand großen Beifall. Von einer Aussprache wurde abgesehen. Genosse Winzer wies zum Schluss noch auf die eigene Bäckerei des "Vorwärts", die in etwa 14 Tagen eröffnet wird. Sie wird in erhöhtem Maße dazu beitragen, die Verbraucherschaft gut und preiswert zu versorgen.

## Fahnen heraus!

Mittwoch, 11. August, dem Versöhnungstage, wird geflaggt. Wir hängen unsre roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen heraus.

## Breslaus Massensturm ins Grüne.

„In vollen Zügen“.

Das war ein Wetter am gestrigen Sonntag, wie es nach der verschlossenen Regenperiode gewiss nicht schöner sein konnte: ein strahlend blauer Himmel mit warmer Augustsonne. Nachmittags 23 Grad Celsius im Schatten.

Niemand hielt im Hause! Ganz Breslau war unterwegs. Zu Fuß, zu Rad und Wagen gings hinaus nach Osswitz und Scheiting, in die Waldungen der Umgebung und zu jenen geselligen Stätten, alwo nach altem Brauch Familien immer noch Kaffee tröcken können. Dort, an den Tischen, die noch so lässig frisch nach Farbe rochen, partete „Mutter“ die mitgebrachten Butterkuchen aus, indes der Herr Papa sich still hinter seinem Glas Bier vertrocknet. Kaum ein Ort rund um Breslau, der am gestrigen schönen Sonntags nicht zehntausende sah. Hochbetrieb herrschte in den Gartenlokalen.

Die Kellner, diese freundlichen Mittler zwischen Gast und Wirt, flitzen durch die Tischreihen und rästen dann lächenwärts durch den Garten, das der neugeschüttete Kies nur so kloppt. Und nicht nur die Gartenwirte, auch die Eis- und Limonadenverkäufer und die Obsthändler an den Straßen lämen auf ihre Rechnung.

Nach der Übung machte man sich dann auf die Wanderung und das Auge erfreute sich an der sommerlichen Natur. Hier und da stand man schließlich auch ein von seinem Strafparagraphen verschlossenes Blümchen voll praller Sonne, auf dem es sich gut ruhen ließ. Das gab Sonnenbräune auf Gesicht und Naden. Stolz wies man sie den Stubenhäfern dahheim, die man seit und zuvielen aus den Fenstern herausliegen oder auf den Balkonen in Liegestühlen hin zu säen hofft.

Selbstverständlich war auch der Verkehr auf den Bahnhöfen schon frühzeitig sehr stark, denn wer es sich leisten konnte, fuhr nach auswärts. Auch der Camper verkehrte auf der Oder und wurde durch das herrliche Wetter sehr begünstigt.

Die Kinos in der Stadt standen allerdings ziemlich leer, ganz im Gegensatz zum Sonntag vor acht Tagen, wo der starke Regen ihnen überall guten Besuch gebracht hat. Nicht minder leer standen die Konditoreien in der Stadt.

Dass die Straßenbahnen und Autobusse gute Geschäfte machen, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Die alten Leute laufen auf den Promenadenböden oder in den Anlagen und Spielplätzen innerhalb der Stadt, um wenigstens hier ein wenig den schönen Sonntag zu genießen. Weil jeder hat den Wunsch, dass der ganze August schön bleibt, möglicherweise der ungewöhnlich starke Regen der verschlossenen Wochen und Monate doch gerade genug Schaden angerichtet hat. Eine weitere Regenperiode würde die Ernte stark gefährden und am Ausfall der Ernte hängt die ganze Volksnahrung.

Die Wüstensage, die in diesem Jahre außerordentlich häufig in die Errscheinung tritt, hat sich auch am gestrigen Sonntag bemerkbar gemacht. Leider stehen auch die Gelundheitsbehörden dieser Sage, die eine Folge der großen Niederschläge und des dadurch bewirkten Hochwassers ist, machtlos gegenüber. Die Büdnerlarven leben bekanntlich im Wasser und in saumpfigen Läppeln und haben sich in diesem Sommer unter den klimatischen Verhältnissen so stark vermehrt, dass ihre wirkliche Bekämpfung nicht mehr möglich ist. Im Frühjahr und zeitigen Sommer sind Wasserläden, Trämmungen feuchten Urals usw. wiederholt mit Petroleum zu behandeln.

## Der Schloßplatz als Kriegslager.

Wenn am Sonnabend abend ein Fremder von außerhalb den Schloßplatz zufällig betreten hätte, so müsste er wohl glauben, man könne dort gerade eine Szene aus dem Dreißigjährigen Kriege, etwa Wallensteins Kriegszelt.

Man stelle sich einmal vor, zunächst das erleuchtete, fromme Zelt, am Eingang kritisch dreinblickende Schuhpolizisten, auf dem Platz selbst Lastautos mit Schuhpolizei und ein halbes Dutzend Polizeipferde, und neben den Bäumen die dazugehörigen Reiter mit heruntergeholten Kanoninen. Aber nicht bloß außerhalb des Zeltes, sondern auch in diesem selbst waren einige Polizeibeamte postiert.

Arzt vor 8 Uhr beginnt die Vorstellung. Ein Poanenorchester, aus jungen Leuten gebildet, lädt einen Choral erklingen, dann tritt der Zeitmissionar Otto ans Rednerpodium, um die "Volkswoche" zu belehren, doch Christus nicht nur das Beeten im stillen Kammerlein empfohlen, sondern auch gelebt habe: Geht hin an die Jäne und Hecken und holet sie alle herein!

Dann wird mitgeteilt, dass ein Mitglied der Sozialistischen Jugend soeben um freie, lachliche Aussprüche gebeten habe. Das habe abgelehnt werden müssen, angedacht deshalb, weil die Militärbehörde den Platz nur unter der Bedingung hergeben habe, dass im Zelt keinerlei politische Diskussionen stattfinden, sondern nur rein religiöse Dinge zur Sprache kommen.

Nun kommt noch ein Chor mit Harmoniumbegleitung an die Reihe, worauf der eigentliche Redner des Abends mit seinem Vortrag beginnt. Auf allen Bänken und auch in diesem Zelt werden mancherlei überraschende Geschichten erzählt, die natürlich kein Mensch auf ihre Wichtigkeit nachprüfen kann, da meistens weder Namen noch nähere Umstände genannt werden. Wie oft hat man nicht schon den gläubigen Schäfer von dem "radikalen Sozialisten" erzählt, der sich dann schließlich "beklebt" und ein eifriger Jesu-Jünger wird. Auch am Sonnabend wurde

200 Mark erhöhen lassen" meint sie unbefangen. "Also los, fangen wir an, worauf warten wir noch."

Es sind zwar keine 200 Mark, die sie durchgesetzt hat und auch keine 100 Mark. Es sind nur 50 Mark. Aber die Probe nimmt jetzt ungehemmt ihren Fortgang.

Und als am Schluss majestätisch wie Kaiser der Direktor erscheint und sich über etwas zu entrüsten anschickt, sagt ihm der Regisseur zu entgegnen:

"Was wollen Sie denn? Nur bei der Schmiede klappzt gleich auf der ersten Probe!"

Und die hohe Direktion muss dazu mit dem Kopfe nicken...

## Eine seltsame Predigt

hielt der Geistliche Rat Peter am Sonntag vormittag in der Vinzenzkirche. Er berührte unter anderem den Wahlstand der Kirche und meinte, die Kirche sei arg verausgabt worden, das Gebeut sei der jüdischen Bankiers zugestossen (?). Es habe ein Pariser jüdischer Bankier in seinem Salon eine geraubte kirchliche "ewige Lampe" als Almoe hängen, auf seinem Tische liege eine geräude Altarschale und die Seife seien mit priesterlichen Denaten überzogen. (Dieser jüdische Bankier ist sicher nur ein Phantasieprodukt! D. Red.) Auch die Sozialdemokratie bekommt ihr Ziel, denn der geistliche Herr Rat warf die Frage auf, ob die Sozialdemokraten schon jemals ein eigenes Krankenhaus für die Armen gebaut hätten. Siebzigtausend sozialistische Ordensschwestern trieben in Deutschland Wohltätigkeitsarbeiten, die Evangelischen hätten nur zwanzigtausend Diakonissen aufzuweisen.

Weiter wurde in der Predigt gefragt, der rechts Kirchenschmuck sei gerade für die Armen da, die doch sonst in ihren engen, armeligen Wohnungen nichts Schönes zu sehen bekommen. Im übrigen umfasste die Kirche Reiche und Arme und leiste dadurch viel zur Überbrückung der heute herrschenden starken sozialen Gegenstöße.

Vorher hat man von talklosen Predigten auf katholischer Seite wenig gehört, der Geistliche Rat Peter von St. Vinzenz am Ritterplatz scheint hier eine Ausnahme zu bilden.

## Achtung, Rentner!

Die Not der Zeit bringt es mit sich, dass viele Männer oder Frauen, die noch ein paar Jahre ihrer Arbeit hätten nachschauen können, durch die schlechte Ernährung während des Krieges teilweise invalide werden. Man macht diese Wahrnehmung nicht nur bei älteren Leuten, sondern auch bei jüngeren. Nur ist es doch so, dass die Leute plötzlich vor der Tatsache stehen, mit ihren paar Mark Rente das Leben weiter fristeten zu müssen. In den meisten Fällen aber sind sie wohl als Invaliden anzusehen, es fragt sich aber noch, ob auch die Landesversicherung damit einverstanden ist, und ihnen Rente gewähren wird. Der Rentkampf, der nun geführt werden muss, ist bitter, und es gibt viele, die ihn nicht überstehen, sondern vorziehen, ihrem Leben freiwillig ein Ende zu bereiten. Dies alles könnte vermieden werden, wenn alle Rentner würden, wie sie sich hinzuwenden möchten, den alten Invaliden zwar mit Rat und Tat zur Stelle stehen, ihnen auch die Schriftstücke anvertrauen und auch vor den Behörden die Vertretung übernehmen, es ist doch klar, dass man so etwas nicht unmöglich machen kann. Alle, die zu den Leuten gehen, damit ihre Interessen vertreten werden, müssen ein kleines Honorar in Höhe von 20 bis 25 Mark entrichten.

Doch was bedeutet dieses Geld für einen Menschen, der in seiner Not, um zu seinem Recht zu gelangen, einen solchen Beitrag ausgibt, damit ihm zu seiner Rente verholfen wird? Wie viele könnten sich dieses Werk sparen, wenn sie wählen, dass es eine Organisation gibt, die sich aller Hilfsbedürftigen annimmt und ihre Interessen vertreibt? Ruh, ihr Rentner, aufgepasst! Wenn ihr solche Unstufen habt, dann werdet euch an die richtige Stelle, und zwar an den Zentralverband der Arbeiterversicherung und Witwen und Wittern Deutschlands. Dort könnt ihr Mitglied werden und für einen Monatsbeitrag von 60 Pf. erhalten ihr Kunstwerk in Rentenangelegenheiten, und außerdem erhalten ihr Vertretung bei den Behörden und bekommt auch noch ein Sterbegeld. Deshalb, ihr alle, die ihr der Organisation noch fern steht, kommt zu uns, damit werdet ihr Kämpfer einer gerechten Sache für Bessergestaltung der Renten.

## Die sündige Polizei und das Reichsvogelschutz-Gesetz.

Man schreibt uns:

Ein Breslauer Spießbürger ging eines Tages im Osmarer Balde spazieren. Er sah einen großen Vogel auf einem Ast sitzen, welcher ihn mit großen, runden Augen anstarrte und sich leicht von ihm greifen ließ. Der Vogel hatte einen Metallring um den Ständer, auf welchem die Zahl 5387 zu lesen stand.

Der Mann, der keine Ahnung davon hatte, worum es sich handelte, ging mit dem Vogel auf seine Polizeiwache, dort wurde er dahin beföhrt, dass das Tier ein Haustier sei, welches anscheinend einem Herrn namens Rositten abhanden gekommen sei, und man bezüglich von Seiten der Polizei, an diesen Herrn Rositten zu schreiben, er möge sich seinen entflohenen Käfigvogel wieder holen. Zufällig kam ein Breslauer Präparator des Weges und stellte fest, dass es sich um eine ausgewachsene Waldohreule handelte, die einen Ring der ostpreußischen Vogelwarte in Rositten am Ständer trug.

Die polizeilichen Nachforschungen nach einem Herrn Rositten werden demnach wohl vergeblich gewesen sein. Der Präparator legte nun dem Mann sowie der Polizei, dass es sich um ein durch Reichsvogelschutzgesetz geschütztes Tier handelt und schlug vor, den Vogel freizulassen zu lassen. Von der Polizei wurde er aber dahin belehrt, dass der Finder den Vogel unbedingt zu bewahren habe, und nach drei Wochen müsse der Vogel, weil er dem polizeilichen Fundbüro übergeben werden sei, der öffentlichen Versteigerung anheimfallen. Der Vogel ist in diesen drei Wochen durchdrungen, der Finder hat ihn nicht mit Fleisch gefüttert hatte. Bei der Versteigerung brachte der Vogel den Preis von 0,10 Mark, wozu 2,70 Mark Nutzkosten von dem ergrimmten Finder darauf geschlagen wurden. Für diesen Preis erwährt ihn ein Breslauer Polizeiwachmeister. Was weiter daraus geworden ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Die Geschichte beweist meiner Meinung nach zweierlei:

1. Wie wenig das Vogelschutzgesetz auch in Polizeireichen bekannt ist und beachtet wird, und

2. dass St. Oskarius auch in Breslau noch Heimatsrechte hat.

Der alte Lateiner pflichtete zu sagen: "Difficile est" satiram non scribere" (es ist oft schwer, hierüber keine bissigen Vermerkungen zu machen). Und so habe auch ich dieser vorletzte Periodung nicht widerstehen können.

## Empfehlenswerte Erdbeersorten.

Durch geeignete Sortenauswahl hat man die Möglichkeit, die Erdbeeren lange Zeit auszudehnen. Für den Erdbeergarten, wo Erdbeeren nur zum eigenen Bedarf herangezogen werden, empfiehlt es sich, ein Sorten-Kreuzsorten, drei Sorten-Mittelarten und zwei Sorten-Spaltenarten zu pflanzen. Für Erdbeergarten ist die reichtragende "Deutsch-Löwen" und die großfrüchtige "Roble" empfohlen. Aus der Fülle der mittelsorten und zu sortenartig bestehenden Sorten sollen nur einige erwähnt werden. Die ertragreichste, gut gewürzte "Sieger" die reichtragende "Löwen", "Adrig Löwen", die zierendfrüchtige "Hindenburg", "Zuckerd", "Kotter Elefant" und "Lucida perfecta" eine Sorte, die auch in leichtem Boden gute Erträge zeigte. Empfehlenswerte Erdbeersorten sind: "Wunder von Göthen" (die Blüteblätter), deren rote Blätter auch nach dem Einreden erhalten. Später von Leopoldshalle mit ihren großen Blättern ist ebenfalls ein dauerhafter Ertrag. Erdbeeren benötigen viel Wasser und Düngung. Man trage dafür Sorge, dass die Nährstoffe stets in genügender Menge vorhanden sind.

## Außerordentliche Stadtverordnetenversammlung.

Die von unserer Partei geforderte außerordentliche Stadtverordnetenversammlung findet Montag nächster Woche, nachmittags 5 Uhr im Landeshause statt. Die Tagesordnung lautet:

Anfrage des Stadtvorstandes Mache und 21 anderer Stadtverordneten betr. das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung und die drohende Schädigung Breslaus. (Stadtverordneter Dr. Su.)

Stellungnahme zur Neuwahl eines bestellten Stadträts. (Berichterstatter: Dr. Buszowski.)

## Der Badebetrieb im Poseidon-Bad.

dem schönsten Familienbad Breslaus, ist mit dem raschen Fallen des Hochwassers wieder in seinem pollen Umfang ausgeweitet. Durch seine ausgedehnten Rosenlächen, Schwimm- und Nichtschwimmer-Bassins bietet es jedem die Möglichkeit, sich zu erfrischen und zu erholen.

### Jugend heraus!

Auf zur Kundgebung gegen die Jugendverführung auf dem Schloßplatz, morgen abend 8 Uhr in der Viktoriashule, Blücherstraße.

Jugendkundgebung Breslau.

### Die Zeitmission

wird hiermit zu der morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, in der Halle der Viktoriashule, Blücherstraße, stattfindenden Kundgebung der Jungsozialisten freudlich eingeladen. Es wird ihr zugleich vollkommene Redefreiheit zugesichert.

### Harte Straßen gegen Rote Frontkämpfer.

Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes sollen sich dadurch straffer gemacht haben, daß sie am 8. Mai, abends, in einer Menschenmenge zu einem Aufmarsch aufgerufen werden sollen. Vier Arbeiter standen deshalb am Freitag vor dem Großen erweiterten Schöffengericht. Die Stahlhelmer hatten am gestrigen Abend einen Umzug veranstaltet, und von den Roten Frontkämpfern war auch ein Trupp durch die Käferstraße gekommen. Bei der Begegnung kam es zu Auseinandersetzungen, die wohl aber ganz harmlos ausgegangen wären, wenn einzelne Polizeibeamte nicht übermäßig schreißig gegen die Roten Frontkämpfer vorgegangen wären. Diesen wurde es zum besonderen Verdächtigen, daß einer tief „Hierher, Genossen, jammeli end.“ Hierin wurde eine Handlung erblitten, daß sie zu Gewalttätigkeiten gegen die Polizei aufgerufen werden sollten. Derjenige aber, der dies getusen hatte, sagte, daß er das Gegenteil beweisen wollte. Seine Genossen sollten sich um ihn formeln, um dann abzuziehen. Und wenn ein anderer seine Frist entblößt und den Polizeibeamten auffordert, doch zu ziehen, so läßt das auch nicht auf eine befürchtete Vorsicht schließen; zumal die Polizei schon einen Schreckschuß abgegeben hatte. Als Zeugen waren vier Polizeibeamte und zwei Stahlhelmer geladen. Die vier Angeklagten verlangten Verhaftung und Ladung ihrer Zeugen. Dieser Antrag wurde abgelehnt; da das Gericht den Sachverhalt für genügend geklärt hielt. Obwohl alle Angeklagten noch unbestraft sind, beantragte der Staatsanwalt die außerordentlich hohen Strafen von 4 und 5 Monaten Haftjahr. Das Gericht erkannte gegen Tatusch auf 1½ Wochen, gegen Kähnlein auf einen Monat, gegen Woltischig und Klöckner auf je 2 Wochen Gefängnis. Bei den beiden letzten soll die Gefängnisstrafe in je 70 Mark Geldstrafe umgewandelt werden. Die Angeklagten erklärten, sich bei dem Urteil nicht zu beruhigen, sie wollen auch ihre Zeugen vernommen haben.

### Invalidenverhandlungen.

Am 2. und 3. August hielt der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands seine Mitgliederversammlungen im Gewerkschaftshaus und in den Hubertusfällen ab. Im Gewerkschaftshaus war Frau Stadtverordnete Jils-Götsch in erschienen, um einen Vortrag zu halten. Sie sprach über die Fürsorge im allgemeinen und führte auch vor Augen, was alles für die Rentner getan werden könnte, wenn diese unnötige Ausgaben zu besseren Zwecken verwendet würden. Nach einem ¾ stündigen Vortrag schloß die Rednerin ihre wohlgelehrten Ausführungen. Es wurden dann noch verschiedene Anweisungen und Ausführungen von Kollegen Tillner gesetzt. In den Hubertusfällen hielt Kollege Beyer einen Vortrag über die neuen gesetzlichen Bestimmungen in der Invaliden-, Unfall- und Angestellensicherung. Der Redner wies darauf hin, daß auf der einen Seite wohl Verbesserungen erzielt wurden, auf der anderen aber auch verschiedene Verschlechterungen eingetreten sind. Nach einem einstündigen Vortrag schloß er seine Ausführungen mit der Ermahnung zur weiteren Mitarbeit in der Organisation. Auch wurden hier von Kollegen Tillner noch einige Anfragen u. dergl. erledigt. Richtig Berichterstattung am 6. September im Gewerkschaftshaus und am 7. September in den Hubertusfällen um 2 Uhr.

### Von der Feuerwehr.

Am 7. August kurz nach 7 Uhr abends, wurde die Feuerwehr nach dem Straßengängnis Kletschstraße alarmiert. In einer im zweiten Stock gelegenen Zelle habe ein Gefangener zwischen das Fenster kumpf, Holz und Papierabfälle gebracht und angefeuert. Das Feuer konnte mit der Eimerpritsche gelöscht werden. — Am 8. August früh gegen 7 Uhr, erfolgte ein Alarm auf Mühlgasse 45/47. In einem im Seitenhaus gelegenen Lädchen war ein großer Teil des Aufzobens und der Zwischendecke auf unerkannte Weise in Brand geraten. Die brennenden Teile wurden freigelegt und mit der Eimerpritsche abgelöscht. — Vormittags, kurz vor 11 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Sandstraße 35 gerufen. In einem Seitenhaus vor dem Kaufhofamt beim Auschwemmen der Wäsche eine Schlauchleitung in Brand geraten. Zur Bekämpfung des Feuers mußte eine Schlauchleitung vorgenommen werden. — Gegen 12 Uhr wurde die Hilfe der Feuerwehr Bahnstraße 5 zum Einfangen eines Bienenschwärms in Anspruch genommen. — Abends 20 Uhr ereignete ein Kurzschluß in Michaelistrasse 84. Es handelte sich aber nur um blinder Strom; ein kurz funktender Dauerentzündpunkt war die Veranlassung zur Alarmierung. — Nachts gegen 21 Uhr zuckte die Landstraße nach Cawallen aus. Dort war eine große 20 Quadratmeter große Scheune, die zur Hälfte mit Material gefüllt war, auf unerkannte Weise in Brand geraten. Zur Bekämpfung des Feuers wurde ein 75-Millimeter-Schlauchang angewandt. Nach zweistündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken.

\* Die jährliche Spendenkunde findet diese Woche nur Sonnabend von 1-4 Uhr statt.

\* Der Aufschluß der Reisegeschäftszeit teilt mit, daß keine Geschäftsräume am Verkaufsgegenstand gefüllten stehen.

\* Der Oberarbeiter gestattet. Nach einer vom Regierungspräsidenten in Breslau unter dem 10. Juni erlassenen Befreiungsurkunde wird der Oberarbeiter für die Dauer von sechsmonatigen Jahren unter Schutz gestellt. Befreiungen dieser Befreiungszeitung sowie der auf Grund bestehender eigentümlicher Verhältnisse werden gemäß § 20 des Gesetz und Verordnungsgesetzes der Rettung des Fleisches vom 15. Januar 1922 (G. S. S. 9) mit Gehaltsnachschlag bis zu 150 Mark oder mit halb belassen.

\* Rollende Ketten. Am heutigen Montag, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Raum 7/8, eine Generalkundgebung statt. Rollende Kettenbildung. Alle Breslauer Bürger sind eingeladen. Die Befreiungskarten sind als Ausweis vorzulegen.

\* Der Jimpeker Weg gesperrt. Wegen Herstellung einer neuen Oberschäbenbefestigung wird der Jimpeker Weg von der Abzweigung des an der Westseite des Straßenbahnhofes VI in Grünau entlang führenden Weges bis zum Delphingraben am Gründungspunkt der Breslauer Ortschaftenlinie in der Zeit von 9. bis 14. August für Fußgänger und Radler gesperrt.

\* Unter dem Verdacht, sich an Kindern unwillkürlich vergangen zu haben, wurde in den Anlagen an der Burgstraße ein älterer Mann festgenommen. Er hat Kinder durch Sitzgelegenheiten an sich gelöst.

\* Ein Unglücksfall bei den Passionsfestspielen. Am Freitagabend kurz vor Schluss der Vorstellung ereignete sich ein Unglücksfall, der leicht ernste Folge annehmen konnte. Eine Dame aus der Statistikerin kam zu Fall und war für einige Zeit bestimmtlos. Sanitäter waren nicht zur Stelle. Es wäre dringend anzuraten, daß auch eine Sanitätskolonne neben Feuerwehr und Polizei postiert würde, um bei eventuellen ähnlichen Vorfällen den Verletzten die erste Hilfe angedeihen zu lassen!

\* Pferd gestohlen. Am 8. August ist einem auswärtigen Wercheinhaber aus einem festigen Gaststall in der Frankfurter Straße ein Pferd, brauner Wallach mit Stern, unter Hinterteil weiß, 2 Jahre alt, im Werte von 700 Reichsmark, gestohlen worden. Nachrichten über den Verbleib des Pferdes erwirkt die Kriminalpolizei, Zimmer 57.

## Konzerte — Theater — Vergnügungen.

**Schlesisches Landesorchester.** Im heutigen Südvar-Konzert kommen u. a. folgende Werke zur Aufführung: Sinfonie in H-moll (unvollendet) von Schubert, "Aladinerische Festouvertüre" von Brahms, Suite aus dem Ballett "Sylvia" von Delibes, Ouvertüre "Der Barbier von Bagdad" von Cornelius, "Tanz der Drachen" von Raff und Suite aus "Carmen" von Bizet. — Morgen Sonntag, nachmittags 4½ Uhr, populäres Konzert, Leitung Herr Mundt.

### Filmkino.

**Ufa-Theater.** „Die Frau des Kommandeurs“ ist die rassige Paula Negri, die hier in recht Gelegenheit hatte, alle Register ihrer großen Kunst aufzuziehen. Tragisch gestaltet sich das Schicksal der Frau Kommandeurin, die, aus den untreuen Söhnen zusammengerauscht, roch Karriere macht, aber ebenso rasch wieder untergeht, — untergeht an der Liebe zu einem jungen Leutnant. Der Film ist nach einem Sudermannschen Roman bearbeitet und spielt in einer Zeit, als der blonde Tod, des Königs noch Trumpf und alle Kadetten betrüte. Regietheoretisch ein guter Film. Ein naturgetreuer Tap, wunderbar echt, der Kommandeur. Der Ellen Richter-Film „Schatten der Weltstadt“, spielt in Paris, und bietet rein herzlich Erzählgeschichten. Raffiniert die Gegenüberstellung: hier luxuriöses Gesellschaftsleben und da Bilder aus den düstersten Windeln, an denen eine Großstadt so reich ist. Wie lebendig wirkt die große Gerichtsverhandlung, wie passend echt sind die Szenen aus den Appartements. Ellen Richter verkörpert hier eine Frau, die ihrem Manne durch ihre Schönheit zur Karriere verhelfen soll. Ein junger Journalist will sie aus dieser Ehe befreien und lädt schwere Schuld auf sich. Die Frau wird wohl frei, aber der Schatten des Todes bleibt trennend zwischen ihr und dem Geliebten stehen. — Der Regie von Dr. Wolf gehörte ein sehr schönes Lob. Recht schwungsvoll ist wieder die „Ufa-Woche“.

**Luxemburg-Theater.** „Küß mich noch einmal.“ Hier hat Lubitsch wieder etwas ganz Herrnhüttiges geschaffen. Victor Sardous „Cyprien“ hat die Unterlage zu diesem Film gegeben. Die Handlung (?), die ist hier ganz unwesentlich, aber was Lubitsch hier herausgeholt hat, ist einfach fabelhaft. Jede Szene ein Treffer. Das Ganze durchsetzt ein sonniger Humor. Dazu das brillante Spiel aller Mitwirkenden, in erster Reihe die hübsche Marie Prevost und Monte Blue, ihr Partner. — „Der Bandit“, ein Wildwest-Film, wohl schon älteren Datums, ist auch zu sehr in die Länge gezogen. Das Beste an ihm sind die prachtvollen Naturaufnahmen.

Im Promenaden-Theater wird auch diese Woche noch der große Janningfilm „Parisi“ gezeigt.

**Glehrmann-Lichtspiele.** „Der Provinz Onkel“. Die Autoren haben ein originelles Lustspiel erkonnen, in dessen Mittelpunkt die altbewährte, etwas modernisierte Schwanfigur steht. „Provinz Onkel“ ist diesmal ein ebenso wunderlicher wie liebebedürftiger Gutsbesitzer, der sich zur alljährlichen landwirtschaftlichen Ausstellung ein paar erhebliche Seitensprünge vergönnt. Daß der abenteuerlustige Schwerenöder bei einer solchen Gelegenheit ganz gehörig geneckt und — wie sich die Verfasser so finstreich ausdrücken — „total ausgemischt“ wird, nimmt bei den großzügigen Erzägen dieses fetten Herrn nicht wunder. Auf dem etwas unständlichen Wege über die Polizeiwege landet die Ingoldsgeftalt schließlich wieder im ehelichen Steerbusen, wo ihn seine altmodische, xantippenhafte Ode lösbarbare Weise nicht mit einer Moralpredigt, sondern mit einem frischen, frischgestutzten Bubikopf glückstrahlend empfängt. Der Film ist äußerlich vorzüglich ausgestattet, das Manuscript logisch und geistvoll abgefasst, die Regie sorgfältig durchgeführt. Einem durchdringenden Erfolg verbürgen die ausgezeichneten, prachtvoll geschnittenen Typen Jakob Liebke (Provinz Onkel) und Margarete Kupfers. — Im Spirogramm läuft eine spaßige amerikanische Komödie „Die lustige Deckscheibe“ und die reichhaltige „Deutige Woche“.

**Burgtheater.** „Aneleise von Dessau“ sucht hier Berater, Liebhaber von historischen Filmen mit historischen Kostümen und dem üblichen Drum und Dran werden hier ganz auf ihre Kosten kommen.

**Sinalco**  
wird unter Beachtung aller  
**hygienischen**

Anforderungen aus edelsten Früchten,  
reifen Fruchtküren u. besten  
Zucker hergestellt und ent-  
hält keinerlei künst-  
liche Zusätze

**Spack**  
&  
**Säring**  
1926

Rabenstraße 12  
Tel. Ohle 4402

## Potemkinferlighen.

... befindet des Staates wird bestrebt  
... bestimmt, ganz Russland aufzurichten! ...  
... Schatz, Justiz, Post, ...  
Wie ist die Oberlehrer sprechen!

... zu blutig, grausam und absurds  
... was man schon als Sadismus deinen!  
... und das „Nibelungenmaus“?

Die „Bücher“ Schule bei Reuthen?

... zerstört der Geist der Diktatur ...

... zeigt demagogische Extremen!

... was ist die Konserven jetzt? SPZ.

... Was sagt der Schatz noch Rebellen

... und der verhängende Mantel nicht!

... was kann man mit den Niedersachsen?

... die ganze Nation geht nicht!

Carl Schenck im Sothen Gink.

## Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:  
Gewerkschaftshaus, Blumenstr. 36

Telefon: Ohle 3522

District 14. In der heutigen Districtsversammlung hält Geheisse Wörter einen Vortrag. Es sind an jedem sehr wichtige Districtsangelegenheiten zu besprechen. Pflicht aller Genossen und Genossen ist, zu erscheinen.

District 21. Die für heute abend angekündigte Districtsversammlung findet nicht statt. Wir halten den Districtsabend zusammen mit der Frauenversammlung am nächsten Montag ab.

District 37. Die heutige Districtsversammlung fällt aus und findet am Montag, den 16. August, mit der Frauenversammlung zusammen statt.

District 8. Heute abend wichtige Funktionärsitzung bei Busch, Jungsozialisten. Zur morgigen Kundgebung gegen die Christuskirchekampagne treffen sich alle Genossen, die nicht in der Viktoriashule sind, um 7 Uhr am Gewerkschaftshaus.

### Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

**Ortsverein.** Die SVD veranstaltet am Mittwoch, 11. September, eine Verabschiedungsfeier. Die Kameraden, die an dieser Feier teilnehmen wollen, treten sich am gleichen Tage, abends 7½ Uhr, am Ohlauer Stadiongraben, Alter Friedhof. Die Bannerfahnen sind zur Stelle. Der Eintritt zur Feier kostet 20 Pf., aus welcher Summe die Unkosten bestreitet werden. Wir erhoffen rege Beteiligung der Kameraden. Der Abmarsch erfolgt vünflich 7½ Uhr.

**Kundgebung!** Der ehemalige Kamerad Berthold Schaal, Ritterstraße 18/19, geht, wie wir feststellen konnten, mit einer Liste. Wir stellen ausdrücklich fest, daß Schaal von unserer Organisation mit keiner Sammlung beauftragt ist, und bitten, beim Sammeln des Schaus feststellen zu wollen, ob die Sammlung auf den Namen des Reichsbanners geschieht. In diesem Falle bitten wir sofortige Benachrichtigung an unsere Geschäftsstelle, Herrenstraße 25.

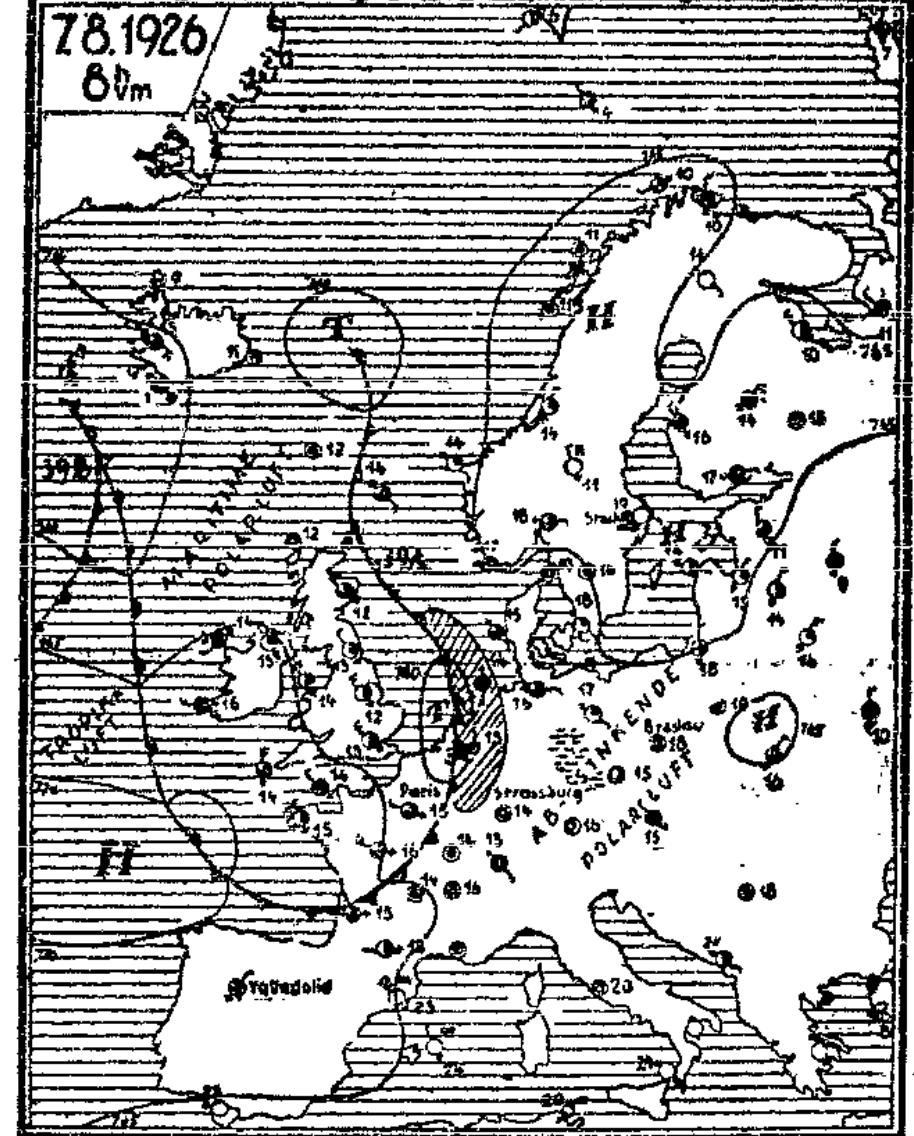
### Bon den Arbeitertindestfreunden.

**Gruppe 1** (Ohlauer Tor). Montag nachmittag, 5 Uhr, Spiel und Tanz bei Rademacher. Donnerstag, Badetour, Badeauszug nicht verschonen. Treffen 4½ Uhr bei Rademacher.

### Sozialistische Arbeiterjugend.

**Eröffnung, Übermitgliedsbericht.** Heute abend findet eine außerordentliche Probe im Holligen-Gymnasium statt. Wegen der Wichtigkeit der Probe ist vollständiges Erscheinen aller erforderlich.

**Seim 2.** Wir beteiligen uns alle Dienstag, abends 8 Uhr, an der Weltexposition-Weltuntergang-Kundgebung in der Viktoriashule.



### Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Kiel bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Die hinter der Störung 39 A von Westen anrückende maritime Polarluft hatte zu wenig Bewegungsenergie, um gegen die über dem östlichen Mitteleuropa lagernde trockene Polarluft kontinentalen Ursprungs anzutreffen. Schleifer sowie die östlich der Elbe gelegenen Teile des Reiches bleiben deshalb vorläufig im Bereich der trockenen Ostströmung, die durch die zujuhr trockener russischer Polarluft verstärkt erhalten hat. Zu östlichen Gewittern kommt es hauptsächlich an den Rändern unseres Bezirkes. Wetterbericht: teilweise heiteres, trockenes Wetter, östliche Gewitter, besonders an den Grenzen des Bezirkes. Nach nachlicher Abdunklung tagsüber Gewittern. Aussichten für die schlesischen Gebirge: bei östlichen Winden teilweise aufwirkernd, östliche Gewitter.

### Letzte Wetternachrichten.

Datum 5. 9. 26.	Temperatur			Wetter	Wind	Niederschlag mm	Höhe cm
	heute früh	Maxim. jetzt	Min. jetzt				
Königstein	15	23					

# Gewerkschaftsbewegung.

## Berbandstag der Metallarbeiter.

Bremen, 7. August. (Eigener Druckbericht.) Um Sonnenaufgang, dem frühen und letzten Verhandlungstage des 17. Berbandstages des Deutschen Metallarbeiterverbandes, begannen die Verhandlungen bereits morgens 7½ Uhr. zunächst wurde folgender vom Vorstand eingebrachter Antrag beraten:

Mit Rücksicht auf die politisch veränderten Verhältnisse, die verkehrstechnisch günstige Lage der Stadt Berlin, die zugleich Stütze einer Reihe wichtiger Reichsämter ist, mit denen der Verband zur Vertretung der Interessen seiner Mitglieder zu reicheren gewonnen ist, zur Erleichterung zentraler Verhandlungen, des Verkehrs mit anderen Verbänden usw., beschließt der Berbandstag die Verlegung des Verbandsstandortes von Stuttgart nach Berlin. Er ermächtigt den Vorstand und Ausschuss, den Termin dieser Verlegung zu bestimmen und die sich hieraus ergebenden Änderungen des Status vorzunehmen.

Von der Mehrheit der Statutenberatungskommission wird das Einverständnis mit der Sitzverlegung erklärt. — Brandes (Vorstand) legt sich lebhaft für die Annahme des Antrages ein. Der Vorstand werde nun der Ermächtigung zur Uebersiedlung nach Berlin nur Gebrauch machen, wenn die finanziellen Verhältnisse des Verbandes das ohne Beeinträchtigung seiner Leistungsfähigkeit gestatten. — Schott (Rässlerer): Wenn nicht schon ein großes, eigenes Verbandshaus in Berlin vorhanden wäre, würde niemand an eine Uebersiedlung denken. Die überseidenden Verbandsangestellten werden keine großen Schwierigkeiten bereiten. Im Berliner Verbandshaus seien auch die Räume für eine moderate Verbandsdruckerei vorhanden. — Rauter - Regensburg wendet sich unter Widerspruch der Mehrheit des Verbandsrates gegen den Vorstandsantrag. Wenn man die Erhöhung der Unterstützung ablehne, so würden die Mitglieder den Umzug nach Berlin, der erheblichen Kosten verursachen würde, nicht verstehen. Allerdings sei auch die Opposition prinzipiell mit der Sitzverlegung einverstanden, aber man könne der Sache auf dem nächsten Berbandstag näher stehen. Die Angelegenheit wird schließlich mit 122 gegen 61 Stimmen im Sinne des Vorstandes entschieden. Gleichzeitig wird folgender Antrag angenommen: „Unter Beachtung des Grundsatzes, daß durch eine Sitzverlegung die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes nicht in ungünstiger Sinne beeinträchtigt werden darf, beantragt der Verbandsvorstand den Vorstand und Ausschuss, nach Anhören des erweiterten Beirats, den Termin der Sitzverlegung zu bestimmen und die sich hieraus ergebenden Änderungen des Status nachzunehmen.“

Darauf tritt der Berbandstag in eine mehrständige Beratung von rund 150 Anträgen zur Einzelberatung des Verbandsstatus ein. Während ein großer Teil der von einzelnen Ortsverwaltungen an den Berbandstag gerichteten Anträge entweder durch vorhergehende Beschlüsse erlebt sind bzw. auf Empfehlung der Statuten-Beratungskommission abgeschafft werden, wird eine längere Reihe von Vorstandsanträgen zu den verschiedenen Paragraphen der Verbandsstatuten angenommen.

Die Vorstandswahl hat nach den Vorschlägen der Wahlkommission folgendes Ergebnis: Vorsitzende: Brandes, Diether, Reichel; Kassierer: Schäfer, Schott; Sekretäre: Buse, Handke, Schleifer, Loh; Beisitzer: Graumann, Kaisa, Kloßbühler, Kopp, Ohm, Schwenke, Staiger, Stetter, Wendl; Geschäftsführer: Aug, Bantari, Böck, Eiseler, Füller, Schmidt, Brüder, Schnell, Dölle; Mitglieder des Ausschusses: Vorsitzender: Weißig; Stellvertreter: Liegel; Redakteur: Kummer, Haase.

Als Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes zum Internationalen Metallarbeiterkongress 1927 werden gewählt: Dippmann, Reichel, Kummer, Tercentrop, Bielefeld, Spillat-Brandenburg, Bremer-Erfurt, Wolf-Essen, Nürnberg, Frankenstein.

Es wurde dann folgende von Vorstand eingebrachte Entschließung einstimmig angenommen: „In Italien herrscht der Faschismus mit roher Gewalt. Mit allen Mitteln wird die freie Arbeiterbewegung verfolgt und unterdrückt. Ihre Organisationen wurden aufgelöst, ihre Einrichtungen vielfach zerstört. Die gewerkschaftlichen und politischen Arbeitervertreter sind brutalster Verfolgung ausgesetzt. Jahrzehnte Mord haben in den letzten Jahren gezeigt, daß ihr Land in steter Gefahr ist. Diese Schwertataren müssen in der ganzen Kulturwelt schwere Verurteilung finden. Die in Bremen versammelten Delegierten der deutschen Metallarbeiter sind überzeugt, daß Opfermut und proletarische Treue die italienischen Kameraden auch die Periode geistiger und materieller Unterdrückung überwinden läßt. Die Berbandsdelegierten versichern der Arbeiterklasse Italiens volle Sympathie und Solidarität. Sie entbieten den Kämpfenden ihren brüderlichen Grüße.“

Wisdamm dankt Viktor Stein - Wien im Namen der gesamten ausländischen Delegierten für die herzliche Aufnahme auf dem Berbandstag. — Eine Anzahl von Beschwerden über Entscheidungen des Verbandsausschusses erledigte der Berbandstag sämtlich im Sinne des Verbandsausschusses. Auf Antrag der Rechnungskommission wurde beschlossen, daß die bisherigen Gehaltsätze für Angestellte des Verbandes weiterbeibehalten bleiben, doch aber bei Vorliegen dringender Notwendigkeit der Vorstand zusammen mit dem Ausschuß die Vollmacht haben soll, die Gehälter zu ändern. Außerdem soll der Vorstand zum nächsten Berbandstag eine neue Gehaltskala für die Verbandsangestellten ausarbeiten.

Als Tagungsort für den nächsten Berbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird Karlsruhe bestimmt. — Damit waren die Arbeiten des Bremser Berbandstages beendet. Vorsitzender Brandes fasste noch einmal die wichtigsten Ergebnisse der Tagung zusammen und schloß nach einigen anstrengenden Worten mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband und die Arbeiter-Internationale den Kongress.

## Bundes-Rieckebusch in Bollenhain und der Kampf der Rüsterei-Arbeiter in Bergdorf.

Den Flachröhrenerarbeitern der Firma Kramm & Schöne (Sieg Freiburg in Südwürttemberg) wurde vor längerer Zeit vom reichen Betriebsleiter Dr. Küder ein 20prozentiger Lohnzuwachs angedroht.

Die Gauleitung des Deutschen Legiarbeiter-Verbandes verhandelte daraufhin mit Dr. Küder wegen Rückgangsmäßigung seiner Maßnahme. Dies gelang nicht. Im Gegenteil. Dr. Küder erklärte der Gauleitung bei der mündlichen Verhandlung: Wenn Sie nicht stimmen, dann werden wir den Betrieb in Bergdorf stilllegen und wenn wir wieder öffnen, werden die Leute schon bereit sein, für den reduzierten Lohn zu arbeiten! Diese Drohung führte die noble Firma durch, obgleich noch ein alljährlicher Kontakt mit der Arbeiterschaft bestand. Als der Betrieb tatsächlich wieder eröffnet wurde, legten die Arbeiter die Aufnahme der Arbeit zu den herabgesetzten Löhnen ab. Da die Leute durch die rigide Maßnahme der Firma ausgesperrt wurden, begaben sie ohne ihr Verschulden arbeitslos gewordene Rüstereiarbeiter die Überlebensunterstützung. Das war der Firma hinterbracht worden. Nach Verlauf von einigen Wochen nahmen einige Angestellte Arbeiter die Arbeit auf, nachdem sie von der Betriebsleitung mit dauernder Auspeisung aus dem Betrieb von Kramm & Schöne bedroht worden waren. Als die männlichen und später einige weiblichen Arbeiter die Arbeit zu den verschleierten Beziehungen aufgenommen hatten, legte sich die Betriebsleitung mit dem Herrn Landrat Kiekebusch in Bollenhain in Verbindung, um ihn zu veranlassen, daß er beim Arbeitsnachweis die Auszahlung der Überlebensunterstützung sperren sollte. Dem Herrn Landrat Kiekebusch sofort dienstfertig

nachgekommen. So sorgte der Herr Landrat mit dafür, daß die reiche Firma Kramm den armen Rüstereiarbeitern den Lohn um 16% herabsetzte, jedoch verhinderte vergebendste Bemühungen statt bisher 41,14 Pf. nur noch 34,8 Pf. Standesamt und die erwachsenen Frauen seit bisher 31,1 Pf. nur noch 28 Pf. Stundenlohn erhalten.

Gegen diese rigorose Maßnahme des Landrats ist sofort Beschwerde bei der Regierung in Liegnitz eingeleitet worden. Die einsitzende Maßnahme des Landrats hat aber genügt, dem Abwehrkampf der Schwingerinnen den Todesstoß zu verleihen. Die Firma hat ihren Zweck erreicht. Wir aber fragen: Ist ein Staatsbeamter, auch wenn er Landrat in Bollenhain ist, dazu da, den schlechten Interessen der Arbeitnehmer noch weiter geschadeten zu helfen? Siegt es im Staatsinteresse, daß die ehemals geschwätzige Kastrat der Arbeiter noch weiter verhärtet wird?

Der Firma Kramm wäre zu raten, bei den vielen hochbezahlten leitenden Personen zu sparen und nicht bei den Arbeiterinnen der Armen, den Arbeitern, Löhne abzubauen. Wir zweifeln, ob die paar Mark Arbeitnehmer die Firma retten werden.

## Es gibt keinen Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften.

Um zu wissen, ob der von den landwirtschaftlichen Unternehmen behauptete Mangel an einkommensverdienstlichen Arbeitskräften wirklich vorhanden ist und die Beschäftigung von ausländischen Wanderarbeitern verantwortet werden kann, schreibt das Bezirksekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt am Main lärmäßig an das „Landesamt für Arbeitsvermittlung in Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck“ die Frage, ob die Landwirtschaft angestrebte Arbeitskräfte vermitteilt erhält. Auf diese Frage ist ein Schreiben des Direktors eingegangen, in dem unter anderem folgendes gezeigt wird:

„Zum vorigen Schreiben vom 21. Juli 1928 teilt das Landesamt mit, daß die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften in den letzten Monaten außerordentlich gering war und sich in der Hauptzache auf weibliche Arbeitskräfte, die melden können, bekränzt. Das Ergebnis deutlicher Landarbeiter übertrief bei fast allen öffentlichen Arbeitsstellen die Zahl der gemeldeten offenen Stellen. Das Landesamt ist gewißlich bemüht, durch eine umfangreiche Werbearbeit offene Stellen für die Herbeiführung südländischer erwerbloser Arbeiter aus Industrie und Gewerbe in die Landwirtschaft zu beschaffen. Zu diesem Zweck bereiten zur Zeit zwei Angestellte des Landesamtes die einzelnen Arbeitsnachweise vor.“

Auch in Pommern ist ein Angebot von landwirtschaftlichen Arbeitskräften zu verzeichnen. Wie ersahen das durch ein Interat, das in Nr. 178 des „Hinterpommern“ vom 2. August 1928 abgedruckt ist. Das Interat lautet:

### Eine größere Anzahl

#### Wanderarbeiter

vermittelbar nach

#### der Städtische Arbeitsnachweis in Kolberg.“

Zu diesem Interat wird in dem redaktionellen Teil des „Hinterpommern“ bemerkt, daß es sich um durchaus erfahrene, seit vielen Jahren in der Landwirtschaft beschäftigte Arbeitskräfte handelt.

Bei solchen Feststellungen kann die Behauptung von dem Bestehen eines Mangels an einkommensverdienstlichen Arbeitskräften nicht mehr aufrechterhalten werden. Es entfällt damit auch ein wesentlicher Grund für die Beschäftigung von ausländischen Wanderarbeitern. Wenn trotzdem immer noch ihnen gefragt wird, könnten es nur materielle Erwägungen sein, die ausschlaggebend sind.

## Der 25. Jahreskongreß der belgischen Gewerkschaftskommission,

der soeben in Brüssel stattfand, behandelt politische Fragen fast noch mehr als rein gewerkschaftliche. Das hängt mit den überaus engen Beziehungen zusammen, die seit jeher zwischen den Gewerkschaften und der Arbeiterpartei in Belgien bestehen. Die wichtigste gewerkschaftliche Frage, die auf der Tagung vorne stand, betraf die Schaffung eines gemeinsamen Streikfonds für alle Gewerkschaften. Die politische Diskussion konzentrierte sich ihrerseits auf die Frage, ob die Sozialisten aus der gegenwärtigen Regierungsoberaktion zurücktreten sollen. Gerner beschäftigte sich der Kongreß mit dem Kampf gegen den Faschismus.

Der Tätigkeitsbericht der Gewerkschaftskommission zeigt von einem Jahre harter Kämpfe bei allmäßlicher Konfliktkultur. Die wichtigsten Kämpfe fanden statt in der Metallindustrie und im Buchdruckergewerbe. In beiden gelang es den Arbeitern, die Unternehmensfeinde zurückzuschlagen. Die angeschlossenen Gewerkschaften führen im Jahre 1928 insgesamt 284 Streiks, wovon 175 mit einem Sieg der Arbeiter, 60 mit einem Sieg der Unternehmer und 60 mit einem Kompromiß endeten; 15 waren am Jahresende noch nicht beendet. Insgesamt waren 91 000 Arbeiter beteiligt, davon 70 000 organisierte. Die Arbeitslosigkeit zeigt bereits eine nicht unwesentliche Zunahme: 4 804 887 verlorene Arbeitstage gegen 3 157 389 in 1924.

Die Schaffung einer gemeinsamen Streikfond für alle Gewerkschaften verhinderte, daß sich alle ausschließenden Organisationen verbündeten, monatlich einen Franken pro Mitglied für erwachsene Arbeiter und 50 Centimes für Jugendliche an die Zentralstelle abzuhängen. Das Ergebnis der Zentralstelle war täglich 2 bzw. 1 Franken für beide Arbeiterkategorien vom 7. Augusttag an, vorgerichtet. Die Einzelorganisationen sollten ihre bestehenden selbständigen Streikfonds beibehalten, während man aus der zentralen Streikfond nur die von der Gewerkschaftskommission gebildeten Kämpfe unterstützen wollte. Der Kongreß konnte sich aber nicht entscheiden, diesen Plan schon jetzt zu verwirklichen, wobei die Unwägbarkeit der Währung nicht ohne Einfluß war. Der Antrag wurde deshalb dem Vorstand zu weiterem Studium zurückgewiesen.

Der Bericht der Gewerkschaftskommission geht hinsichtlich der politischen Lage. Die Befreiung der Sozialisten aus der Koalitionsregierung wurde insofern verteidigt, als die allgemeine Beunruhigung über die französische Lage und die Bildungsversammlungen auf die Arbeiterklassen teilweise sofort zum Ausbruch kamen. Ihnen wütenden Verteidiger fand die Koalitionsregierung bei den Vertretern des Bergarbeiterverbandes. Ein besonderer Bericht wurde nicht gegeben.

In der Diskussion über den Kampf gegen den Faschismus nahm auch Senator Geneste de Braudere, der Organisator der Arbeitermilitia, teil. Es wurde schließlich eine Einigung angenommen, die den weiteren Ausbau der Arbeitermilitia als Maßnahmen die französischen Proletariaten fordert. Eine andere Entwicklung begünstigt die sozialistischen Minister. Mandarnde und Mandatäre schließen zur Standardisierung des Washingtoner Abkommen über den Weltmarktentzug.

## Der englische Bergarbeiterkrieg.

Boden, 9. August. (Eigener Bericht.)

Die Bergarbeiter von Süd-Wales leben am Sonnabend in der Urlaubszeit die Röhrigkeit vor Brödje vertragen. Sie wurden dagegen mit großer Wut und Angst angenommen in North-Tyne-land und Durham. Es ist kein Wille nicht mehr zu stellen, daß sich für die Bergarbeiter der Brödje deren Annahme von dem Bergarbeiterverband empfohlen wurde, eine starke Macht ist in der Bergarbeiterkraft.

Boden, 9. August. (Eigener Bericht.) Die anerkannten Gewerkschaften haben auf den Besuch des englischen Ministerpräsidenten in London mit dieser gegen die Bergarbeiter harte und alle Gewerkschaften aufzulösen, zu gehen, bis es weg sei. Die amerikanischen Gewerkschaften betrachten den Kampf der britischen Bergarbeiter als einen Schritt des internationalen Englisches auf die Linie der Bergarbeiterkraft.

Ramsey MacDonald steht in einer wichtigen des Wochenendes gehaltenen Rede mit einem Brief nach Amerika, in welchem er sich gegen die Unterstützung der britischen Bergarbeiter durch Amerika gewandt hat, mit der Würde und den Pflichten eines britischen Ministerpräsidenten unvereinbar wäre.

## Der Streik in Boden.

Boden, 7. August. (Eigener Druckbericht.) Die streikenden Arbeitnehmer sind entschlossen, am Montag den Generalstreik auszuführen, wenn die Arbeitgeber bis dahin ihren Forderungen nicht entsprochen haben. Die Regierung hat bisher jede Vermittlung abgelehnt, obwohl bereits 10 000 Arbeiter im Streik stehen.

# Wirtschaft.

## Die Zeitungen im Deutschen Reich.

Im Deutschen Reich durchschnittlich 10 201 Einwohner auf eine Zeitung.

Im Jahre 1922 belief sich die Zahl der in Deutschland erscheinenden Zeitungen auf 3434. Die Stabilisierung ließ diese jungen Zeitungen wieder eingehen, die auf besser gefundenen finanziellen Grundlage aufgebaut waren. 1925 zählte man im deutschen Blätterwald 3152 Zeitungen. Nach der Zusammenstellung des letzten Katalegs von 1926 erscheinen gegenwärtig in Deutschland 3257 Tageszeitungen. Das wäre zum Vergleich mit dem Vorjahr eine Zunahme von 105 Zeitungen. Hauptähnlich haben Mecklenburg und Schleswig-Holstein eine zahlenmäßige Stärkung erfahren. Die Zahl der Zeitungen verteilt sich auf die einzelnen Länder wie folgt: Preußen mit 1844 Zeitungen (im Vorjahr 1772) auf, dann folgt Bayern mit 431 (413), Württemberg 175 (176), Sachsen 211 (222), Baden 178 (181), Hessen 81 (77), Thüringen 181 (192), Westfalen 20 (31), Oldenburg 33, Braunschweig 29, Hamburg 28, Anhalt 22, Lippe 12, Bremen 11, Güstrow 3, Waldsee 3.

Rheinland bietet in Preußen mit 298 (288) Blättern die Spitze. Es folgen Brandenburg mit 274, Brandenburg mit 269, Sachsen 241, Mecklenburg 190, Hannover 162, Hessen-Nassau 115, Pommern 97, Schleswig-Holstein 96, Ostpreußen 61, Westfalen 22, Sachsen-Anhalt 5.

Von den 3257 Tageszeitungen im Deutschen Reich erscheinen 1927 jedes mal in wichtiglich 118 zweimal, 1 einmal, 3 einmal, 43 zweimal, 7 dreizehnmal, 2 achtzehnmal, 2 neunzehnmal, 266 einmal, 255 zweimal, 568 dreimal, 78 viermal und 7 fünfmal.

Sachsen ist das typische Land der Kleinzeitungen. Von den 274 Zeitungen sind 178 ein- bis dreimal wöchentlich erscheinende Blätter. Die Rheinprovinz kann die meisten Großzeitungen aufweisen. Von den 298 Zeitungen erscheinen 181 sechsmal, 41 über zweimal, 15 einmal, 20 zweimal, 26 dreimal, vier viermal und eine einmalig wöchentlich. Es folgen Westfalen und Berlin. Von den 190 Zeitungen, die in Westfalen erscheinen, sind 187 sechsmal erscheinende, 29 sind dreimal und 24 Kleinzeitungen. Der Freistaat Sachsen ist das ausgesprochene Land der Mittelzeitungen. Von den 241 Zeitungen erscheinen 188 sechsmal und sechs über zweimal. Berlin zählt 103 Zeitungen. Die zweite Stelle steht München mit 26, Hamburg folgt mit 18, Breslau mit 18, Köln mit 15, Leipzig mit 14 und Dresden ebenfalls mit 14 Blättern. Die Zahl der kleinen Blätter galt nichts.

Interessant ist die Gegenüberstellung des Verhältnisses der Bevölkerungszahl zur Zeitungsdichte, die nach Ausrechnung des Institutes für Zeitungsforschung folgendes Bild ergibt:

Es kommen Einwohner auf eine Zeitung:	
in Preußen	20 705
Bayern	17 168
Sachsen	20 687
Württemberg	14 624
Baden	15 791
der Rheinprovinz	24 279
Westfalen	25 406
Brandenburg	9 764
im Deutschen Reich	19 201

## Soziales.

### Arbeitsverhältnisse in den Vereinigten Staaten.

Hohe Entlohnung, kurze Arbeitszeit, angenehme Wohnungen, dazu ein Auto, das sind ungefähr die Vorstellungen, die man sich bei uns von einem Arbeiter der Vereinigten Staaten macht. Im Londoner „Daily Herald“ nimmt dazu ein Messingbeschläger aus Baltimore Stellung, der lange Jahre in den Staaten gelebt hat, und bestreitet die Wahrheit dieser Behauptungen. Er beruft sich auf amtliche amerikanische Statistiken, die für 1925 den durchschnittlichen Wochenlohn eines gelehrten Arbeiters mit 24,73 Dollars angeben, und meint, das erscheint für einen Engländer oder gar einen Deutschen hoch, aber angehoben ist der hohe Lebens- und Wohnungsbau, kann man doch keine Sparmaßen machen. Viele Arbeiter benötigen nicht einmal 24 Dollar in der Woche. Tiefarbeiter erhalten im Süden erhalten bei schwachfördernden Unternehmen zwischen 9,80 und 33 Dollar in der Woche. 33 Dollar gelten für Luxusarbeiter.

Nach der amerikanischen Statistik kommt auf jeden Arbeitnehmer Amerikaner ein Kraftwagen, und, so nehmen viele an, ein Arbeiter ohne sein eigenes Auto ist eine Ausnahme. Aber die Statistik zeigt auch Lustwagen, Omnibusse usw. mit und berücks

